



# Ist das auch legal?

Militärische Ausbildung der SA in Schlesien.

Breslau, 27. November. (Eigenbericht.)

Die republikanische Bevölkerung Mittelschlesiens wird nach wie vor durch Provokationen von Hitlers Privatarmee heimgesucht. Tag für Tag laufen bei den Ueberwachungsstellen, die sich die Arbeiterkassen zur Wache der faschistischen Gefahr geschaffen hat, Warnnachrichten ein. Die allgemeine Ausschereit wächst, die Ueberfälle auf Funktionäre der Arbeiterbewegung mehren sich fortgesetzt.

In zahlreichen Orten finden nachts trotz des bestehenden Verbots noch Uebungen statt. Oft sind die Teilnehmer solcher Uebungen bewaffnet. Auffällig ist, daß hier und dort Nazimannschaften und einzelne nationalsozialistische Führer aus anderen Teilen Deutschlands, so aus Sachsen, Bayern und Schleswig-Holstein, festgesetzt wurden. Dazu wachsen die Braunen Häuser wie Pilze aus der Erde. Derartige Bruststätten der Faschisten sind bis jetzt in Breslau, Falkenstein, Neumarck, Neurode, Reichenbach, Reichenstein, Strehlau, Wehlau und Waldenburg eingerichtet. Außerdem hat man einzelne Güter mit Nazimannschaften belegt, so u. a. das des Grafen Jork von Warthenberg in Schleich bei Oels. Dort finden dauernd Ausbildungskurse statt. Sobald ein Lehrgang beendet ist, halten neue Trupps ihren Einzug. Alle diese Vorgänge steigern die allgemeine Nervosität derart, daß fortgesetzt wilde Gerüchte in der Provinz umherschwirren.

## „Haltet den Dieb!“

Das Ablenkungsgeschrei der Hitler-Leute.

Die Reichsleitung der NSDAP. bestreitet die Meldung, daß der von ihrer Partei zum hessischen Landtagsabgeordneten gewählte Dr. Schäfer zwei Jahre in der Reichsleitung im Braunen Hause tätig gewesen sei.

Dr. Schäfer selbst übergibt der Presse jetzt eine längere Erklärung, in der er bestätigt, daß er von einem Gericht wegen angeblicher Wechselfälschung verurteilt worden sei. Er behauptet, zwei jüdische Kaufleute hätten unverantwortlich und gewissenlos an ihm gehandelt. Es schwebte noch ein von ihm angestrebtes Meinungsverschiedenes gegen die beiden. Aber das ist nicht das Wichtigste, sondern vielmehr die Tatsache, daß er von dieser Verurteilung und dem ganzen Verfahren dem hessischen Gauleiter Gemeinderat schriftlich Mitteilung gemacht habe. Trotz Kenntnis der Tatsache aber habe Gemeinderat sich nicht gehindert gefühlt, ihn an hervorragender Stelle zu verwenden. Erst jetzt, nachdem er ihre verbrecherischen Pläne aufgedeckt habe, versuche man, ihn herabzusetzen, während man sich vorher nicht gescheut habe, die ganze Zeit seine ehrenamtlich unter Aufopferung von Zeit und Geld geleisteten Dienste entgegenzunehmen.

Für die Beurteilung der Pläne des Dr. Best und seiner Genossen, für die auch Hitler als „Alleswissender“ vollverantwortlich ist, spielt die Person Schäfers nur eine untergeordnete Rolle. Wenn die Rechtspreß, vor allem die Organe Hugenberg, jetzt besonders über Schäfer herfallen, so geschieht das nach dem bewährten Grundgesetz: „Haltet den Dieb!“ Für die politische und juristische Beurteilung ist die Frage nicht, wer die verbrecherischen Pläne entwirft hat, sondern ob sie bestehen und welche Kreise sie verfolgen. Darüber hat das Geständnis des „republikanischen“ Anwalts und jetzigen Landtagsabgeordneten Dr. Best ja hinreichend Aufklärung geschaffen!

## Protest gegen das Reichsgericht.

Entrüstung über das „Landesverrats“-Urteil.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hatte gestern abend zu einer Kundgebung gegen das Reichsgerichtsurteil aufgerufen, das die Schriftsteller Offizier und Kreiser wegen Landesverrats zu je anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt hat. Der Saal war überfüllt. Studiendirektor Kameran führte den Vortrag. Unter Beifall der Versammelten erhob der Rechtsanwalt Dr. Apfel, Rudolf Oiden, Manfred Georg, Walter Binder, Bruno Schönlank, Leopold Schwarzfeld, Walter v. d. Linde und Arnold Zweig stammenden Protest gegen die Vernichtung der Meinungsfreiheit durch das Reichsgericht. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die von der Deutschen Liga für Menschenrechte einberufene, von mehr als 1500 Menschen besuchte Protestkundgebung gegen das im sogenannten Weltbühnen-Prozess ergangene Urteil gegen die Schriftsteller Karl v. Offizier und Walter Kreiser spricht den Verurteilten ihre Sympathie und Solidarität aus. Die Versammlung hat mit Empörung davon Kenntnis genommen, daß gegen so ehrenwerte Männer wie Karl v. Offizier und Walter Kreiser die diffamierende Gefängnisstrafe verhängt worden ist. Sie erwartet von dem Herrn Reichspräsidenten, daß dieses Urteil nicht vollstreckt wird, vom Reichstag, daß er hierzu alles Erforderliche tut.“

Gegen das Urteil erhebt die Versammlung Einspruch, weil die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen nicht auf den in Frage kommenden Artikel zureifen, da dieser lediglich eine Staatskritik darstellt, die jedem Bürger nach Artikel 118 der Reichsverfassung zusteht. Die Versammlung weist ferner darauf hin, daß die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung Deutschlands außenpolitische Lage, insbesondere auf der Abgrenzungskonferenz, außerordentlich erschwert hat, weil das Ausland den Eindruck gewinnen muß, daß Deutschland den vertraglichen Verpflichtungen entgegenhandelt.

Die vom Reichsgericht auch schon in früheren Fällen eingeschlagene juristische Linie wird zu einer großen Gefahr für den guten Ruf des deutschen Volkes und seine Regierung sowie für die Erhaltung des Friedens und der Kulturgüter. Die Tätigkeit des Reichsgerichts in diesem Falle erbringt den vollen Beweis, daß das Reichsgericht nicht mehr lange erste und letzte Instanz in solchen Fällen sein kann. Die Versammlung fordert daher mit der Deutschen Liga für Menschenrechte von der Reichsregierung, daß sie unverzüglich eine Berufungsinstanz für hoch- und Landesverratsfällen schaffe.“

## Nazis gegen arme Leute.

Sie verschleppen Petitionen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags behandelte am Freitag eine große Reihe von Petitionen. Dabei ergab sich, daß die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion die ihnen zur Behandlung zugewiesenen Petitionen nicht erledigten. Sie erschienen auch nicht in den Sitzungen des Ausschusses. Die ihnen übergebenen Petitionen wußten im Interesse der Petenten von anderen Mitgliedern des Ausschusses erledigt werden. Der Ausschuss beschloß einstimmig, daß dieser Teilbestand der Öffentlichkeit mitgeteilt werden sollte.

# Jetzt ist's genug! Staat greif zu!

## An das republikanische Berlin!

Die in Hessen beschlagnahmten hochverräterischen Pläne der Nazis haben erneut unter Beweis gestellt, daß von dieser Seite in kühler Ueberlegung der Bürgerkrieg vorbereitet und der gewaltsame Kampf gegen den Volksstaat organisiert wird. An dieser Tatsache vermögen die verlogenen Legalitätsschwüre der ertappten Hochverräter nichts mehr zu ändern. Allen Ausreden und Beschwichtigungen gegenüber stellen wir die Forderung: „Jetzt ist's genug, Staat greif zu!“ und werden diese Forderung in

# 12 großen Kundgebungen

vor dem republikanischen Berlin vertreten. Diese Kundgebungen finden am Sonntag, dem 29. November, vormittags 11 Uhr, in nachstehenden Lokalen statt:

- Albrechtshof, Stoglitz, Albrechtstraße 1a
- Belvedere, Alexanderstraße 26
- Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23
- Germania Festsäle, Chausseestraße 110
- Kiloms Festsäle, Hasenheide 13-15
- Spichern-Säle, Spichernstraße 3

- Tempels Festsäle, Prinzenallee 45
- Ahlerts Festsäle, Charlottenburg, Berliner Str. 24
- Arminius-Säle, Bremer Straße 72-73
- Schützenhaus Reinickendorf
- Kammersäle, Teltower Straße 1-4
- Stadttheater Köpenick, Friedrich-Wilhelm-Platz

Es werden sprechen:

- Bathke, Oberleutnant a. D. — Prof. Bernhard — Fechner, M. d. L. — Fest, Rektor — Fromke — Harnisch, M. d. L.
- Dr. Haubach — Major a. D. Hauff, M. d. L. — Hetzschold — Holze — Dr. Karutz — Dr. Kunze — Küter — Kuttner, M. d. L. — Dr. Prinz zu Löwenstein — Jockel Meier — Richard Meier — Richard Meier — Dr. Nowack — Dr. Pahl
- Reuter — Rosenzweig — Scheidemann, M. d. R. — Dr. Schreiner — Stelling, M. d. R. — Wiegner.

Wir rufen das republikanische Berlin auf, mit uns in Massen gegen die nationalsozialistischen Bürgerkriegshetzer zu demonstrieren und rücksichtsloses Einschreiten der Staatsgewalt zu verlangen.

## Gauvorstand Berlin des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

# Das offizielle Programm.

## Erschießen! Erschießen!

Uns liegt ein Gesezentwurf vor, der von Nationalsozialisten verfaßt ist und ganz im Sinne des Bodsheimer Klüngels die wahre nationalsozialistische Gedankenwelt unwiderleglich enthüllt. Wir geben aus diesem Gesezentwurf einige besonders interessante Stellen wieder:

Wer den stillen Grundgesetz der allgemeinen Wehr- und sonstigen Staatsdienstpflicht der Deutschen in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise bekämpft, leugnet oder verächtlich macht,

oder für die geistige, körperliche und materielle Abrüstung des deutschen Volkes wirbt,

oder wer sich selbst der gesetzlichen Pflicht zur persönlichen Dienstleistung entzieht,

oder wer an einer Vereinnahmung oder Verabredung mehrseitiger Bestrebungen teilnimmt, wird wegen Verbrochens

mit dem Tode bestraft.

Wer öffentlich in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise Deutschlands Wehrschuld oder Mißschuld am Weltkrieg behauptet,

oder wer neue auf der Kriegsschuld beruhende Lasten oder Verpflichtungen übernimmt oder anerkennt,

oder den Willen zur politischen und kulturellen Selbstbehauptung des deutschen Volkes zu lähmen oder zu zerstören unternimmt, wird wegen Landesverrats

mit dem Tode bestraft.

Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen...

oder wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Landesverrats

mit Zuchthaus bestraft.

Wer lebende oder tote deutsche Nationalhelden, Heerführer oder Inhaber der höchsten deutschen Tapferkeitsorden... öffentlich beschimpft, verächtlich macht oder in argernisregender Weise mißachtet, wird mit Zuchthaus und in Fällen, die von besonderer Rohheit und Gemeinheit der Gesinnung zeugen, daneben

mit körperlicher Züchtigung bestraft.

In besonders schweren Fällen kann an Stelle der Todesstrafe auf Zuchthaus, in besonders schweren Fällen an Stelle von Zuchthaus auf Todesstrafe erkannt werden. Daneben kann auf Vermögensentziehung, Verlust der Reichsangehörigkeit und Verbannung erkannt werden.

Erschießen! Erschießen! Todesstrafe! Todesstrafe! Zuchthaus! Zuchthaus! Körperliche Züchtigung! das ist der Reiz aller gesetzgebenden Vorschläge der Nationalsozialisten. Das ist der „Geist“ aus dem Braunen Hause, der Deutschland beglücken soll!

Dieser Gesezentwurf wird weder die „DAZ.“ noch die Hugenberg-Presse noch auch der „Angriff“ des Herrn Goebbels als Spielesarbeit oder Fälschung bezeichnen können. Er ist wirklich wackelt, denn er trägt die Unterschriften des Dr. Fried, des Ritters von Epp, der Herren Feder und Göring, des Grafen zu Reventlow, des Stöhr und nicht zu vergessen des „Reichspropagandachefs“ Dr. Goebbels höchstselbst. Zudem trägt er die Nr. 1741 der Reichstagsdrucksachen aus der 4. Wahlperiode 1928.

Er ist wirklich ein Gesezentwurf, eingebracht von der damaligen nationalsozialistischen Fraktion. Er ist nämlich vom Fleische Hitlers und Geist vom Geiste des hessischen Best!

## „Legale“ Drohung!

Ganz im Stile von Bodsheim: Erschießen! Erschießen!

Vor uns liegt eine Nummer des von den Nazis herausgegebenen Blattes für Eisenbahner, darin findet sich — neben vielen anderen traurigen Zeug auch eine „Warnung“, die die verführerische Ueberlieferung trägt: „Hitler kommt legal zur Macht!“ Darin wird die Be-

hauptung aufgestellt, „die marxistischen Gewerkschaften“ trieben Streikvorbereitungen, um die Machtübernahme zu verhindern. Und dann heißt es geheimnisvoll:

„Vor einer Beteiligung an solchen politischen Streiks wollen wir heute schon alle Kollegen ganz entschieden warnen! In ihrem ureigensten Interesse! Weiteres darüber zu sagen, verbietet uns die Vorsicht...“

In dem Eisenbahnerwerbesschlächter ist man also zu feige oder zu „vorsichtig“, gleich mit „Erschießen! Erschießen!“ zu drohen. Aber vielleicht war auch schon ein Best am Werke, der die notwendige Proklamation für Eisenbahnstandgerichte schon vervielfältigt hat?

## Wandlung.

Oder nur Wendigkeit?

Gestern sprach im Programm der Aktuellen Abteilung der Funkstunde der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Fritz Klein, über die Vorgänge in Hessen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat als erste laut über „Fälschung“ geschrieben. Sie erklärte:

„Dieser Aufruf trägt — ohne daß wir mit dieser Zeitstellung den Erklärungen der Hauptbeteiligten vergreifen wollen, die Merkmale der plumpen Fälschung an sich... Wer auch immer das vorstehende gewissenlose Machwerk fabriziert hat — Fälscher oder Spießer — ist mit der Verantwortung für eine große Irreführung des Inlandes und des Auslandes belastet.“

In der nächsten Ausgabe triumphierte sie: „Hitler und der Oberreichsanwalt gegen Seering“.

Der Chefredakteur dieses Blattes sprach also über die Vorgänge in Hessen:

„Dies großmäulige und kindische Dokument“ — so erklärte er — „besteht aus mehreren Teilen. Der erste Teil muß im höchsten Grade bedenklich und skeptisch stimmen gegenüber der Urteilskraft und dem politischen Verständnis seiner Urheber. Noch mehr gilt das von den Portien über die wirtschaftlichen Maßnahmen.“

Hier setzte ein offenbar nationalsozialistisches Störungsgeheul ein.

„Selbstverständlich, daß die Behörden in gewisse Erregung versetzt wurden und die Angelegenheit beim obersten Gericht anhängig gemacht haben. Es steht inzwischen fest, daß es sich um ein echtes Dokument handelt.“

„Es ist bedauerlich, daß bisher eine klare Beurteilung des Dokumentes selbst von Seiten der Nationalsozialistischen Partei unterblieben ist.“

„Im Inland und Ausland ist durch das Dokument eine außerordentliche Unruhe erzeugt worden, die weder dem deutschen Kredit noch den Verhandlungen dienlich sein kann.“

„Das Spiel mit einem kommunistischen Aufstand, dem es angeblich gelingen sollte, die Staatsgewalt zu besitzergreifen — was völlig unmöglich ist — ist eine naive Kombination, die von politischer Einsicht weit entfernt ist.“

„Heraus aus dem latenten Bürgerkrieg!“ Es scheint, daß Herr Dr. Fritz Klein, der Leiter der „DAZ.“, plötzlich furchtbare Angst bekommen hat.

## Freunde der Bestialität.

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags hat sich auf die Seite der hessischen Faschisten gestellt. In einem Antrag an die preussische Staatsregierung, in dem sie die Bodsheimer Dokumente als „bedeutungslose private Schriftstücke“ bezeichnet, wird das Staatsministerium gefragt, ob es das Verhalten des Innenministers, der durch die Veröffentlichung der Dokumente seine Amtspflichten verletzt habe, billige, und wenn das nicht der Fall sei, ob es bereit sei, 1. Aktionen des Innenministeriums wie sie die Maßnahmen in Sachen des angeblichen Hochverrats in Hessen darstellten, zu verhindern, und 2. eine energische Unterdrückung landesverräterischer Umtriebe durch die preussische Polizei herbeizuführen.

Mit dieser unerschütterlichen Anträge haben die Deutschnationalen ihre wahre Gesinnung offenbart. Rechtsgerichteten sind von ihnen noch immer in Schutz genommen worden.

# Weddinger Arbeiter wachen.

## Das Echo unseres Alarmrufes. — Nazis stehlen den „Vorwärts“.

Die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ über die Bürgerkriegsrüstungen der SA-Leute auf dem Wedding haben bei der Arbeiterschaft eine außerordentlich starke Beachtung gefunden. Fortgesetzt gehen uns neue Hinweise über das immer unbehülltere Treiben der Nationalsozialisten zu. So steht heute schon fest, daß die Liste der Nazi-Stützpunkte, die wir veröffentlicht haben, noch ergänzt werden muß.

Das Treiben der Nazi-Leute in der Gegend der Schönwalder Straße war langsam zu Tage gekommen. Vor ungefähr drei Wochen hatten die Nazis Flugblattverbreitung. Das machten sie frühmorgens um 5 Uhr, denn soweit ist es allerdings noch nicht, daß die Nazis sich abends in die Arbeiterhäuser wagen können. Bei dieser Flugblattverbreitung traten die Nazis als Diebe auf. In jedem Briefkasten, in dem ein „Vorwärts“ steckte, wurde die Zeitung gestohlen und dafür ein Nazi-Flugblatt hineingesteckt. Wo der „Vorwärts“ nicht direkt gestohlen wurde, nahm man die Zeitung heraus und legte das Flugblatt bei.

### Bürgerkrieg wird „geübt“.

In der ersten Zeit wurde in dem Nazi-Local in der Schönwalder Straße 12 übrigens die ganze Nacht hindurch Bürgerkrieg „geübt“. Bis in die Morgenstunden hinein hörte man vom Keller her die Trommelwirbel. Als sich darüber die Hausbewohner beschwerten, entsandte das zuständige Polizeirevier einen Doppelposten, der jezt ständig Tag und Nacht vor dem Local Wache hält. Allerdings lassen sich die SA-Leute dadurch nur wenig stören, die Trommel hört wohl um 10 Uhr abends auf, aber die Einschläge der Bolzen bei den Schießübungen hört man bis ins Nebenhaus. Viel belacht von der Arbeiterschaft um den Weddingplatz wird übrigens, daß der in der Schönwalder Straße tagende SA-Sturm vor einigen Tagen seine Fahne losgeworden

ist. Die Nazis waren gerade unterwegs zu einer Versammlung nach dem Krieger-Vereinshaus, als sie dabei einen Betriebsunfall erlitten und Fahne war weg. Der Truppführer wird die Bengels schön angejast haben, als sie ohne Fahne ankamen.

### Die Rowdys aus der Schererstraße.

In der Schererstraße sind inzwischen die Täter bekannt geworden, die vor einigen Wochen, früh um 4 Uhr, zwei Arbeiter in der Scherer- Ecke Magstraße niedergeschlagen haben. Ein Arbeiter hatte dabei einen schweren Schlag in die Niere erlitten. Es handelt sich um eine Rowdy-Kolonne, der ein gewisser Höpfer, Schererstraße 4, Quergebäude 4 Treppen, Unterstiege gewährt. Dessen Schwiegerohn Beckmann ist der Führer dieses SA-Trupps aus der Schererstraße. Die Polizei hat schon einmal Hausdurchsuchung gehalten in dieser Wohnung und dabei eine Schreibmaschine und verschiedene Materialien beschlagnahmt, es geht aber nicht an, daß nachts ungefähr 6 Mann von der SA im Haus sitzen und Wache halten.

Interessant ist, daß eine ganze Reihe von Geschäftsleuten, die nur von Arbeiterkundschaft leben, sowohl in der Schönwalder wie in der Schererstraße die Nationalsozialisten weitgehend unterstützen. Vielleicht überlegen sich diese Leute, daß sie in den Nazis buchstäblich den Boz zum Gärtner gemacht haben. Nach dem Helfen-Programm werden bekanntlich am Tage nach der Machtübernahme durch die Nazis bei den Kleinhändlern alle Lebensmittel beschlagnahmt, wer sich dem widersetzt, wird mit dem Tode bestraft. Es ist fraglich, ob die Weddinger Geschäftsleute darin ihr im Dritten Reich zu verwirklichendes Ideal sehen.

Aus der Tegeler Straße wird uns mitgeteilt, daß der Gastwirt im Hause Nr. 39 keine Nazis beherbergt, bei ihm lagen auch keine politischen Versammlungen. Die nationalsozialistischen Zellenleute von den Betrieben des Berliner Nordens treffen sich vielmehr im Restaurant „Zur Klaus“, das sich auf der anderen Ecke der Klauischowstraße befindet.

Frauen ein und verletzte sie durch zahlreiche Stiche. Dann flüchtete der Täter und verschwand im Walde unweit des Bahnhofes. Die Polizei nahm die Verfolgung des Blüchtigen auf, konnte ihn aber trotz aller Bemühungen nicht finden.

Ernst Lehnert war inzwischen nach Berlin gefahren, wo er sich nach dreistündigem Umherirren der Polizei stellte. Die schwerverletzten Frauen wurden ins Rauener Krankenhaus gebracht, wo sie zum Teil bedenklich dantederliegen.

Wie wir erfahren, stand Frau Marie Koch vor Jahresfrist im Mittelpunkt eines großen Nordprojesses. Der Bergwerksdirektor Kramer aus Duedlinburg wurde hinterriicks niedergeschlagen. Frau Koch beschuldigte später ihren Ehemann, den Heilgehilfen Otto Koch, dieser Bluttat. Der Ehemann wurde freigesprochen. Frau Koch zog dann im August dieses Jahres zu den Brüdern Lehnert nach Finkenkrug.

## Raubüberfall bei Tegel.

### Bewaffnete Banditen erbeuten 1500 M. Lohngehälter.

Am hellen Tage wurde gestern zwischen Borsigwalde und Neu-Tegel ein toller Wildweffstreich verübt. Ein Straßenaufseher des Bezirksamts Reinickendorf wurde von mehreren bewaffneten Burschen mit seinem Fahrrad angehalten und dann zu Boden geschlagen. Die Täter raubten die Aktentasche des Aufsehers, in der sich 1500 Mark Lohngehälter befanden, und flüchteten.

Kurz nach 13 Uhr hatte der 42 Jahre alte Straßenaufseher Freij Angermann aus der Schulstraße in Tegel von einer Zahlstelle in Borsigwalde 1500 Mark Lohngehälter abgehoben. Das Geld wollte er nach einer Baustelle in der Schubartstraße bei Borsigwalde bringen, um es an die Arbeiter auszugeben. Der Weg nach der Schubartstraße führt über einames Gelände; diese Gelegenheit machten sich vier jugendliche Banditen zunutze. Sie lauerten Angermann auf und zwangen ihn mit vorgehaltenen Pistolen, von seinem Fahrrad zu steigen. Dann schlugen sie A. mit Schlagringen zu Boden und raubten ihm seine Aktentasche mit den Lohngehältern. Der Ueberfallene rief laut um Hilfe. Passanten und eine Polizeistreife wurden alarmiert und nahmen die Verfolgung der Täter auf. Trotzdem gelang es allen zu entkommen. Angermann hat bei dem Ueberfall erhebliche Kopfverletzungen erlitten.

## Verbrechen an einem Schüler?

### 13jähriger Junge schwerverletzt aufgefunden.

Auf der Potsdamer Chaussee in Nikolassee wurde gestern um 17,30 Uhr der 13jährige Schüler Heinz Brey aus der Schulstraße 14 in Charlottenburg mit schweren Verletzungen bewußtlos aufgefunden. Der Junge wurde von Automobilisten ins Kurhaus Hubertus nach Schlachtensee gebracht, wo er bedenklich dantederliegt. Heinz B. war von seinen Angehörigen nach Nikolassee geschickt worden, um dort eine Besorgung zu machen. Ob der Schüler überfallen worden ist, oder ob er auf dem Heimweg von einem Auto überfahren und hilflos liegen gelassen wurde, müssen erst die polizeilichen Nachforschungen ergeben.

Vor dem Hause Chausseestraße in Mariendorf wurde gestern die 54jährige Witwe Thüme von einem Priontauto überfahren und tödlich verletzt.

## Selbstmord eines Reichswehrangehörigen.

Pillau, 27. November.

Das Personal des von Balminiden kommenden Personenzuges entdeckte heute vormittag kurz vor dem Bahnhof Pillau neben dem Weis die Leiche eines Soldaten, dem der Kopf vom Rumpf getrennt war. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den Unteroffizier Heiner von der Marine-Artillerieabteilung Pillau. Auf Grund vorgefundener Briefe an Eltern und Frau muß Selbstmord wegen dienstlicher Verletzungen angenommen werden.

# Vier Frauen niedergestochen

## Tat eines Wahnsinnigen — Der Amokläufer stellt sich

In dem bekannten Ausflugsort Finkenkrug bei Falkensee westlich von Spandau ereignete sich gestern ein löfendenerregender Vorfall. In einem Wahnsinnsanfall nach der 32 Jahre alte Bankbeamte Ernst Lehnert seine Wirtschasterin, eine Frau Marie Koch, deren 13 Jahre alte Tochter sowie zwei weitere Frauen, die auf die Hilferufe der Ueberfallenen hinzueilten, mit einem Messer nieder. Der Täter flüchtete in einen nahegelegenen Wald. Die sofortige Verfolgung verlief ergebnislos. In den Abendstunden stellte sich jedoch auf dem 130. Polizeirevier in der Kaiserin-Augusta-Allee 64 in Charlottenburg ein Mann, der einen östlich wirren Eindruck machte und angab, zwei Frauen erschossen zu haben.

Die anmelenden Kriminalbeamten, die inzwischen von der Bluttat in Finkenkrug erfahren hatten, sahen nach den Papieren und dabei stellte sich heraus, daß man Lehnert vor sich hatte. Die nach Finkenkrug hinausgeschickte Referenormordkommission unter Leitung des Kriminalkommissars Thomas wurde von der Selbstgestellung des Täters, den man noch in den Wäldern bei Finkenkrug suchte, sofort in Kenntnis gesetzt. Lehnert wurde daraufhin ins Polizei-

präsidium gebracht. Ernst Lehnert hat im Kriege eine Kopfverletzung erlitten, die in den letzten Jahren zu geistigen Störungen führte. Mit seinem Bruder, der gleichfalls Bankbeamter ist, wohnte er in der Sammelmannstraße in Finkenkrug in einem Zweifamilienhaus. Die Parteienwohnung gehört den beiden Brüdern, im Obergeschoß wohnt ein Fuhrunternehmer Widde mit Frau und Tochter. Den beiden Lehnerts wurde der Haushalt von einer Frau Koch geführt, die eine 13 Jahre alte Tochter hat. Gestern war der Vater Lehnerts in Finkenkrug, und wegen einer Unstimmigkeit kam es zwischen dem alten Lehnert und der Wirtschasterin zu einem Streit. Ernst Lehnert der den Wortwechsel mitangehörte hatte, geriet in plöbliche Erregung, zog ein Messer hervor und drang damit auf Frau Koch ein. Laut schreiend versuchte die Verletzte zu flüchten. Der Wüterich lief ihr nach und verletzte auch der 13jährigen Tochter, die ihrer Mutter zu Hilfe eilte, mehrere Stiche. Auf die Hilferufe war auch die im Hause wohnende Frau Widde und ihre Tochter aufmerksam geworden. Die beiden Frauen liefen nach unten, wo sie jogleich von dem Wahnsinnigen in Empfang genommen wurden. Blindlings stach er auf die



„Ich fühle es, daß Sie ein guter Mensch sind, Frau Köchin, sagte sie endlich schlicht, „und ich danke Ihnen für Ihre Hilfsbereitschaft.“ Die sah sie überrascht an. Ihr dieses Gesicht strahlte. Freudig preßte sie den Arm der blaffen Frau an sich.

„Na, das is doch 'n Wort“, sagte sie beglückt. Dienstbereit öffnete sie die Gartentür und ließ Frau Soriot den Vortritt.

„Halten Sie sich man ein bißchen mit mir, da vergeben Sie sich gar nichts! Und wenn ich Ihnen nachher wieder ein Patzchen runterschide, dann nehmen Sie's ruhig an und schicken Sie Ihren Sohn auch was davon, der wird's nötig haben.“

Frau Soriot sah zu Boden. „Aber nicht schenken, bitte, sagte sie gepreßt, „wir wollen es das nächste Mal mit der Miete verrechnen.“

22.

Germaine stand in dem kleinen Dienstraum des Bahnhofskommandanten.

„Ich möchte Sie gern allein sprechen, Herr Major!“ Bittend sah sie zu dem alten Herrn auf.

Der blickte erstaunt in ihr erregtes Gesicht. Dann wandte er sich dem Feldwebel zu, der am Fenstertisch saß und schrieb. „Haut, gehen Sie doch mal rüber und schauen Sie nach, ob die Verwundeten alle untergebracht sind!“

„Ja, was ist denn los, Mädel? Was mit Walter?“

Germaine öffnete mit fliegenden Händen ihre Kapsel und holte eine Karte und zwei Briefe heraus, die sie ihm reichte.

„Walter ist verschüttet gewesen. Er liegt im Lazarett. Aber das ist nicht das Schlimmste.“

Der Major nahm die Karte zur Hand und las: „Sehr geehrte gnädige Frau! Ihr Herr Sohn liegt seit gestern bei uns im Lazarett. Er war verschüttet und ist außerdem verwundet. Ich kann Ihnen die freudige Mitteilung machen,

daß er sich außer Lebensgefahr befindet und Sie herzlich grüßen läßt. Mit Hochachtung Emilie Irshlinger, Krankenschwester.“

„Na, das ist ja großartig, gratuliere! Der Bengel hat mehr Glück als Verstand. Jetzt ist er ein paar Wochen aus dem Schlammseel — freu mich für deine Mutter!“

Aber Germaine wehrte heftig ab. „Lesen Sie die beiden Briefe“, sagte sie verächtlich. „Und die hat er noch vor dem Angriff, bei dem er verwundet und verschüttet wurde, geschrieben.“

„10. September 1918. Liebe Germaine, ich schreibe Dir im furchtbarsten Dreck. Wir sind alle verlaust und kaputt. Germaine, es ist entsehrlich. Mehr kann ich nicht schreiben. Walter.“

„23. September. Liebe Germaine, niemand von Euch ahnt, was Krieg ist. Auch Du weißt es nicht. Germaine, schreibe mir niemals wieder, ich solle „erzählen“, niemals mehr, hörst Du! Ich kann sonst überhaupt nicht mehr antworten.“

Zwei Tage später: Hans Weigelt ist tot. Vor meinen Augen durch einen Volltreffer. Auch ich bin tot, obwohl ich lebe. Es ist alles zu Ende. Walter.“

Der Major faltete die beiden Schreiben zusammen.

„Ja, ja, der Krieg ist kein Kinderspiel, sondern eine verflucht ernste Sache.“ Er zündete sich eine Zigarre an.

Germaine sah ihn mit großen Augen an.

„Onkel Stetten — verstehen Sie denn nicht? Walter ist am Ende. Er hat die furchtbarste Enttäuschung erlebt — das zerbricht ihn, ich weiß es. Ich muß zu ihm. Sie müssen mir Paß und Erlaubnischein verschaffen, deshalb bin ich hier.“

Der alte Herr lehnte sich in keinen Stuhl zurück.

„Germaine, nimm es mir nicht übel, aber du bist verrückt! Walter ist außer Lebensgefahr, hier steht es schwarz auf weiß! Was willst du denn eigentlich noch! Daß ihm die Begeisterung verfliegen würde, das war für mich so klar wie die dicke Linde. Da drauhen gibts keine Zinnsoldatenromantik — diese Erfahrung schadet ihm nichts!“

Germaine bemühte sich, so ruhig als möglich zu sprechen.

„Onkel Stetten — mein Bruder glaubte, einer großen Idee zu dienen. Er war davon durchdrungen, daß das da drauhen ein Kampf des deutschen Geistes, der deutschen Seele sei. Dieser Glaube war der Inhalt seines Lebens! Verstehen Sie denn nicht, was das bedeutet, wenn die Brutalität der Wirklichkeit diesen Glauben totgeschlagen hat?“

Der Major paffte verärgert eine dicke Rauchwolke ins

Zimmer. „Kampf des Geistes! Kampf der deutschen Seele! Was sind das für überpannte Ausdrücke. Aber so was Ähnliches quatscht mir mein Kesse, der in Prima sitzt, jezt auch manchmal vor. Daß diese 17jährigen immer so was brauchen, von Ideen und Symbolen —! Aber das scheint zur Bildung zu gehören. Unsere jungen Bauern und Arbeiter sind darin viel vernünftiger. Die kriegen darum auch nicht gleich einen Nervenschock, wenn eine Granate pfeift. Hergott, ist denn das so schwer zu kapieren! Geist! Seele! Quatsch! Damit kann man keinen Krieg führen! Das ist ein ungeheurer Nacht-kampf, wie er noch nie da war und in dem es sich darum handelt, wer die meisten Reserven an Rohstoffen, an Menschenmaterial, an Lebensmitteln, an Nervenkraft besitzt!“

„Ja, Onkel Stetten, das ist es, auch ich sehe diesen Krieg als einen Machtkampf an. Aber für Walter ist diese Erkenntnis ein furchtbares Erlebnis, an dem er zugrunde geht!“

Der alte Herr stand erregt auf.

„Herrgott, was sind das bloß für Ausdrücke! Zugrunde geht! So schnell geht man nicht zugrunde, mein liebes Kind! Sieh dir mal unsere Verwundeten an, wie sie daliegen mit zerflossenen Gliedern, mehr tot als lebendig! Laß dir mal von denen erzählen, was sie durchgemacht haben! Und doch geben die meisten eben nicht zugrunde, sondern sie werden wieder gesund!“

Germaine legte die Hand über die Augen.

„Es gibt auch seelische Verwundungen, die tödlich sein können“, sagte sie stoßend. „Aber wir wollen nicht darüber streiten. Ich bitte Sie nur herzlich: Verschaffen Sie mir die Erlaubnis!“

Aber der Major warf entrüstet die Akten auf den Tisch, die er eben aufgenommen hatte.

„Ausgeschlossen! Herrgott, es liegt ja kein Grund vor! Und selbst wenn ich wollte, ich könnte es nicht! Es darf da kein Zwißst durch, das gibts einfach nicht! Germaine, kapiertst du denn das nicht? Wieviele Tausende liegen in den Feldlazaretten, schwer verwundet, im Sterben, und die Angehörigen dürfen nicht hin! Das gab' ja ein schönes Theater! Wenn man da auf jeden einzelnen Rücksicht nehmen wollte!“

Germaine sah ihn mit zusammengepreßten Lippen an.

„Auf jeden Einzelnen! Ja, das ist das Militär in Reinkultur! Und wenn dieser einzelne geistig und seelisch weit über die anderen hinausragt, er ist und bleibt doch bloß eine Nummer. Auf eine Nummer mehr oder weniger kommt es hier nicht an!“

(Fortsetzung folgt.)

# Stlareks haben guten Tag.

Kieburgs Wahlspruch: „Mit Gott für König und Kieburg“.

Die Brüder Stlarek hatten gestern einen guten Tag: Sie schnitten günstig ab. Der Direktor der B.V.G., Sommermeier — er ist übrigens nicht in der Stlareksache verhaftet; es scheint gegen ihn ein besonderes Verfahren — bestätigte, wie bereits berichtet, daß die Firma Stlarek in den Büchern der B.V.G. fälschlich mit 200 000 M. belastet worden war, die auf Veranlassung des Obermagistratsrats Schallbach, der verstorben ist, in Gegenwart eines Mitgliedes der Hauptprüfungsstelle ausgedrückt wurden.

Sommermeier bestätigte ferner, daß Schallbach von einer ungerechtfertigten Belastung der Brüder Stlarek mit weiteren 100 000 M. sprach und auch von verschiedenen anderen „Ge-fälligkeiten“, die Kieburg von den Stlareks gehabt hätte. Schallbach schnitt in den Aussagen des Direktors der B.V.G., der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft, der Bücherrevisor Schötker, ab: der Herr habe des öfteren bei seinen Bilanzprüfungen einem speziell für ihn gebrauchten außerordentlich scharfen Bilde gesprochen und hinterher detari erheblich geschwankt, daß er manchmal in ein Auto direkt gefahren werden mußte; die Folge davon sei gewesen, daß der Bürgermeister Schötker im Jahre 1927 eine Verfügung erlassen mußte, in der es hieß, die Hauptprüfungsstelle müsse Mittel finden, um für die Zukunft zu verhüten, daß Bilanz-fälschungen übersehen werden.

Auch der frühere Kassierer der B.V.G., Heinrichs, kann über Kieburg wenig Gutes sagen; auch seine Aussage ist für die angeklagten Brüder günstig. Der Zeuge war in der Vorunterjurung äußerst zurückhaltend. Er erklärt es damit, daß er teilweise in Gegenwart vom Bücherrevisor Schötker vernommen wurde, der mit Kieburg eng befreundet war. Dieser Kieburg sei aber ein ganz gefährlicher Kerl gewesen. Wer nicht nach seiner Pfeife tanze, sag. Man konnte sich beschweren, wieweil man wollte, man hatte nur Unannehmlichkeiten. Von seiner Unersehbarkeit war er tief durchdrungen.

So sagte Kieburg, was, ich soll meinen Hut nehmen? Dann nimmt ihn das ganze rote Haus auch, so wahr ich Kieburg heiße.

Sein Wahlspruch war: mit Gott für König und Kieburg. Seine Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung war Tagesgespräch beim Personal. So mußte man z. B. daß er sich ein Sanatorium gekauft hat. Kurz bevor er krank wurde, entnahm er für sich aus der Kasse 200 000 Mark. Er gab als Quittung einen Zettel, der von der Kontrolle nicht anerkannt wurde. Vier Wochen später überreichte er eine Quittung der Brüder Stlarek über 70 000 Mark und über den Rest eine Quittung der Stadtbank. Auch diesem Zeugen gegenüber hat Schallbach davon gesprochen, daß die Stlareks von Kieburg mit 200 000 Mark zu Unrecht belastet worden seien; das in Frage kommende Kontokonto war aber während des Verkaufs des Zeugen plötzlich verschwunden.

Am Montag sind die Magistratsmitglieder an der Reihe, mit dem Bürgermeister Schötker an der Spitze.

## Schünning suspendiert.

Der Ausschussrat der Behala, dem als Vertreter der Stadt Bürgermeister Elsas und Stadtbaurat Hahn angehören, trat gestern nachmittag zusammen, um zu den gegen den Generaldirektor Schünning im Anschluß an seine Vernehmung als Zeuge im Stlarek-Prozess erhobenen Vorwürfe Stellung zu nehmen. Ueber die Entscheidung des Ausschussrats wird folgendes Kommuniqué verbreitet: „Der Ausschussrat der Behala hat in seiner gestrigen Beratung beschloffen, den Generaldirektor Schünning bis zur völligen Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe von der Führung der Behala zu entbinden. Der Ausschussrat legt entscheidenden Wert darauf, daß die auch von Herrn Schünning angestrebte gerichtliche Klärung beschleunigt herbeigeführt wird.“

## Der Skandal von Waldhof.

Innere Mission möchte vertuschen.

Ueber die skandalösen Vorgänge in der Fürsorgeanstalt Waldhof bei Templin (Uckermark), die bereits die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten veranlaßt haben, läßt die Innere Mission, der diese Fürsorgeanstalt untersteht, durch den „Evangelischen Reichserziehungsverband“ eine Erklärung verbreiten, in der jedoch die von der Deffektivität erwartete vorläufige Amtsenthebung des gemeinsamen mit 13 Erziehern angeklagten Direktors Grüber nicht angeklagt wird. Die Erklärung des Evangelischen Reichserziehungsverbandes versucht vielmehr, die fürchterlichen Vorgänge zu ignorieren, zu vertuschen oder zu bestreiten.

## Rabelbrand in der Stala.

Während der gestrigen Nachmittagsvorstellung brach in der Stala hinter der Bühne Feuer aus. Ein Rabel der Horizontalbeleuchtung war in Brand geraten, die Gefahr konnte von der Sicherheitswehr aber schnell beseitigt werden. Der Zwischenfall wurde von den Zuschauern nicht bemerkt.

# Ein Arbeitsloser gewinnt 1000 M.

Wenn man mit Frau und Kindern seit Jahren arbeitslos ist und auch für die Zukunft keine Aussicht mehr hat, in seinem eigenen, oder einem anderen Beruf unterzukommen, hat man aufgedrückt auf einen glücklichen Zufall zu hoffen. Glückseligkeit erfordert Schicksalsglaube, Höhenflug der Phantasie, alles Dinge, die in einem zermürbten Hirn keinen Platz haben und trotzdem...

Da sitzt ein verzweifelter Arbeitsloser und löst aus verzweifelter Langeweile ein Preisrätsel; es ist eine reichlich verzierte Angelegenheit, die allerhand Geduld kostet, welcher Umstand wiederum einen lebhaften Zutritt mit Muttern im Besitze hat. „Na, nun habe ja deine Speisen reichlich gedeckt, Mutta“, meint der glückliche Gewinner und er erzählt, wie ihm die Freudenbotschaft ins Haus schneite. „Eines Mittags, wir sitzen gerade alle Mann bei unserer äppigen Kartastelle mit Brotbällgen, da klopft es; draußen stehen drei große, kräftige Männer, die mir einen tiefen Schreck einjagen, denn man kann ja heute nie wissen, was man vertragen hat... Dermellen aber entpuppen sie sich als heiterberedende Nichtgefallen: wir kommen von der Ziehungskommission und wünschen Ihnen herzlich Glück; Sie haben den 1. Preis von 1000 Mark gewonnen, wollen Sie sich bitte dort und dort das Geld abholen!“ „Mutta, mach kein Quatsch“, stand mir zuerst auf der Zunge, dann aber entfiel meinem Munde das weit beherrschtere „nee, nee, det gloob ich nich, det is woll 'n Big, meine Herren!“ Und er glaubte es nicht, genau wie Mutter, Tochter, Schwiegermutter und der kleine Junge; solange nicht, bis er vor dem Schreibstisch stand, die glückwünschende Hand des Direktors in der seinen hielt und zehn blanke Hunderte auf der Tisch-

# Der gestoppte Verkehr.

Neuer BVG.-Fahrplan ab 1. Dezember. / Die eingezogenen Linien.

Durch das Eingreifen des Berliner Polizeipräsidenten ist die von der Berliner Verkehrsgesellschaft beabsichtigte Verkehrsbeschränkung in wesentlichen Punkten, wie der „Vorwärts“ bereits mitteilte, gemildert worden.

Die Leitung der Berliner Verkehrsgesellschaft wird nach Zusammenrufen, um sich zu den vom Polizeipräsidenten gestellten Bedingungen zu äußern. In der Hauptsache wird man zu der Forderung über den vorgeschriebenen 5-Minuten-Verkehr auch in verkehrsschwachen Stunden an Stelle des bisherigen 6-Minuten-Verkehrs auf der Schnellbahn Stellung nehmen. Durch den ständigen 5-Minuten-Verkehr dürfte der Verkehr eine wesentliche Entlastung erfahren, wenngleich zu den Hauptverkehrszeiten eine Ueberfüllung auch für die Zukunft nicht zu vermeiden sein dürfte. Auf den Straßenbahnen wird sich bald, das wird die Frequenz zweifellos erweisen, das Einstellen von Anhängewagen notwendig zeigen. Der Polizeipräsident hat sich außerdem vorbehalten, eine Prüfung der Verhältnisse im veränderten Straßenbahnverkehr vorzunehmen. Hierzu dürften zweifellos die von vielen Seiten vorgetragene Beschwerden der Fahrgäste beigetragen haben. Mit Wirkung ab 1. Dezember werden die Linien 29, 48, 55, 66, 69, 115, 168 und 184 gänzlich eingezogen. Im Autobusverkehr wird von derselben entscheidenden Maßnahme nur die Linie A 4 betroffen. Die von der BVG. beabsichtigte Einziehung der Linie A 28 sowie die Änderungen der Linien A 2 und A 16 sind vom Polizeipräsidenten abgelehnt worden. Auf 18 Linien treten in der Straßenbahnführung Änderungen ein.

## Der neue Fahrplan.

Die BVG. hat inzwischen den neuen Fahrplan festgesetzt, der am Dienstag in Kraft treten wird. Wie hierzu mitgeteilt wird, wird auf den durch die Linienänderungen betroffenen Strecken die Zugfolge durch Einsparwagen verdichtet, so daß den Verkehrsbedürfnissen weitgehend Rechnung getragen werden soll. Bei dem Kauf

von Wertmarken für Monatskarten wird gebeten, die aus-hängenden Plakate bei den Verkaufsstellen zu beachten, die auf die Linienänderungen hinweisen. Im Monat Dezember gelten die Monatskarten der geänderten Linie sowohl auf den Strecken der alten wie der neuen Linienführung. Bei dem Kauf der Wertmarken, spätestens aber bis zum Ablauf des Monats Dezember, sind die Klebestreifen, die die Linienführung enthalten, an den Karten ausgetauscht oder bei den Betriebsaufsehern zu erneuern.

## Potsdams Magistrat meldet sich.

Fortsetzung des großen Schweigens.

Der Magistrat Potsdam nahm gestern zum ersten Male zu den Bestechungen im Tiefbauamt Stellung. Er erklärt sein bisheriges Schweigen damit, daß ihm selbst erst am 21. d. M. von den Verfehlungen des Bauamtmannes Kiebling Kenntnis gegeben worden sei. Erst an diesem Tage seien der Oberstaatsanwalt und der Vorsteher des Finanzamtes beim Oberbürgermeister erschienen und hätten ihn auf die Verfehlungen, die das Finanzamt aufgedeckt hatte, aufmerksam gemacht.

Von diesem Augenblick an seien beim Magistrat sämtliche Akten, die den Fall betreffen, beschlagnahmt worden, so daß zunächst gar keine Möglichkeit mehr zur Nachprüfung oder Klärung bestanden habe. Aus Zeichnungen, die sich noch im Besitz des Bauamtes befinden, sei festgestellt worden, daß bei der Berechnung der Erdbodenmengen des Brauhausbauwerkes grobe Unstimmigkeiten vorgekommen seien, die die Untersuchungen und Befestigungen gefährdet hätten. Der Magistrat erklärte zum Schluß, daß er nur in einem Falle auf Angriffe antworten werde, und zwar dann, wenn irgendjemand behauptet werde, daß der Magistrat von den Untersuchungen Kenntnis gehabt habe und nicht eingeschritten sei.

# 25 Jahre Krüppelfürsorge.

Ein Ehrentag für das Oskar-Helene-Heim.

Das große Oskar-Helene-Krüppelheim draußen in Dahlem am Rand des Grunewalds ist unseren Lesern nicht mehr unbekannt. Wiederholt hat in den Kriegs- und Nachkriegsjahren der „Vorwärts“ über die ernste, eindringliche und erfolgreiche Arbeit berichtet, die Kerkze, Erzleitet, und Handwerker für die jugendlichen Krüppel beiderlei Geschlechts getan haben. Im Krieg war diese Arbeit besonders segensreich, galt sie doch den Kriegsbekämpften. Es gibt Tausende von Krüppeln und Kriegsbekämpften, die dem Oskar-Helene-Heim für Heilung von körperlichen und seelischen Leid dankbarste Beweise bringen.

In diesen Tagen aber waren es gerade 25 Jahre her, daß ein junger Berliner orthopädischer Chirurg, Dr. med. Konrad Biesalski, der spätere Begründer und Leiter des O.H.H., den indirekten Grundstein zu dem Bau der modernen Krüppelfürsorge und Krüppelheilung, wie sie im O.H.H. ausgebildet wird, gelegt hat. Es erregte vor 25 Jahren großes Aufsehen, als Dr. Biesalski in einem umfangreichen Werk die Zählung aller jugendlichen Krüppel in Deutschland durchführte. Die Behörden waren nun auf das im Verborgenen grassierende Volksübel des Krüppeltums aufmerksam geworden, und der Industrielle Oskar Binsch und seine Frau Helene setzten den jungen Arzt durch die Stiftung einer halben Million Mark instand, das nun bald 20 Jahre bestehende Heim in Zehlendorf zu erbauen und mit allen Errungenschaften der Wissenschaft auszustatten. Professor Biesalski war es dann auch, der die Kriegsbekämpftenfürsorge organisierte. Alles dies konnte der jegliche Leiter des Heimes, Erziehungs- und Verwaltungsdirektor Hans Würh, der langjährige treue Mitarbeiter und Freund Biesalskis, der wieder für seinen Teil die beruflichen Ausbildung in Werkstatt und Schule nach modernsten pädagogisch-psychologischen Grundsätzen organisiert hatte, in eindringlichen und warmherzigen Worten den Vertretern Berliner und auswärtiger Presse schildern, während im Anschluß daran der leitende Arzt Dr. Friedrich Mommsen, gleichfalls ein früherer langjähriger Mitarbeiter Biesalskis, die ärztlichen Einrichtungen des Heimes erläuterte. Man sah das wirklich einzigartige Konrad-Biesalski-Krüppelmuseum und die durch den Direktor Würh mit ungewöhnlichem Sammlerglück und geschick zusammengetragene Bilder Sammlung mit Krüppelmotiven aller Zeiten und Länder, ein Kunst- und kulturgeschicht-

liches Kuriosum ersten Ranges, das besonderer Würdigung bedarf. Die alten bewährten Mitarbeiter, Schachmeister Bied, der geschätzte Leiter der orthopädischen Klinik Dr. Schaffe, Diplomhandelslehrer Dr. Pappe, der Leiter der orthopädischen Werkstatt Feißig, und die Oberin Frau Bössel waren alle erschienen. Der Schöpfer dieses großen Werkes wahrer helfender Menschenliebe, Professor Biesalski, konnte diesen Ehrentag nicht mehr erleben; vor zwei Jahren starb er unerwartet, aber seine Helfer und Mitarbeiter, Würh und Dr. Mommsen, gedachten seiner in ergreifenden Worten.

Das Oskar-Helene-Heim hat unter der Rot der Zeit bitter zu leiden. Man hat sich eingeschränkt, soweit man konnte. Alle haben mitgehende Opfer gebracht. Es befremdet, wenn man dann hört, daß auf Veranlassung der Stadt Berlin zur Zeit in diesem großartigen Heim nur — 34 Krüppelkinder betreut werden. Man darf wohl erwarten, daß von den verantwortlichen Männern alles getan wird, um nicht etwa diese Stelle einzigartiger praktischer Hilfe und echter Nächstenliebe zum Stillstand kommen zu lassen. Alles Sparen hat eine Grenze, wenn es um die Zukunft unseres Volkes geht.

## Kleider Sammlung geht weiter.

Montag wird in Spandau und Bezirk Mitte gesammelt.

In Fortsetzung der Kleider Sammlung der Berliner Winterhilfe sammelt am Montag, dem 30. November, und Dienstag, dem 1. Dezember, der Bezirk Spandau mit freiwilligen Helfern. Die Wagen stellt das Infanterie-Regiment Nr. 9. An den beiden gleichen Tagen findet eine Kleider Sammlung im Bezirk Mitte statt.

Bei den früheren Kleider Sammlungen in den Bezirken Tiergarten, Charlottenburg und Köpenick haben die Wagen wegen der Fülle der Spenden manche Straßenzüge nicht abfahren können. Er werden daher in diesen Bezirken noch Nachsammlungen gemacht, und zwar in Charlottenburg am Montag, dem 30. November, in Köpenick am Donnerstag, dem 3. und Freitag, dem 4. Dezember, mit Wagen der Reichswehr.

Zweiter billiger Sonntagsabend im Zoo. Am heutigen letzten Sonntagsabend im November kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten bereits von 12 Uhr mittags ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

Johann Pongratz, einer von den alten Garde der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, ist im Alter von 69 Jahren zu Graz gestorben. Er war vom Umsturz bis vor kurzem Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark.

Die Goldene Hochzeit feiern heute die Eheleute Raff-Deutscher aus der 136. Abteilung Reinickendorfer-Ost und die Eheleute Mackeband, Kottbuser Straße 14, aus der 12. Abteilung. Beide Jubelpaare gehören der Partei seit Jahrzehnten an und sind ebenfalsche Leber des „Vorwärts“. Wir gratulieren auch im Namen der Abteilungen herzlich.

Öffentliche Rundgebung des Reichsbanners Köpenick. Sonntag, vormittags 11 Uhr, veranstaltet das Reichsbanner Köpenick die öffentliche Rundgebung im Stadttheater Köpenick. Alle Sozialdemokraten Köpenicks beteiligen sich.

1400 Gefangene warten mit ihren notleidenden Familien darauf, daß es Weihnachten werde. Kiesenhaft laßt die Rot auf diesen Kermessen der Armen. Helfen Sie uns, so schreibt Oberstaatsanwaltsdirektor Brack von der Gefangenenfürsorgekommission, diese Rot zu lindern und die Tränen zu trocknen. Geben an Geld und Kleidungsstücke nimmt arme entgegen das Strafgefängnis in Berlin-Regel, Seidelstraße 30.

Arbeitslöhner im Frauengefängnis. Kürzlich veranstaltete der Männerchor „Vorgangfrauen“, Mitglied des A.S.B., unter Leitung seines Dirigenten Reiche im Frauengefängnis Barnimstraße ein Konzert. Es ist nicht das erste Mal, daß der Chor seine Kräfte aus unheimlicher Nächstenliebe in diesem Hause erklingen läßt, reichlich belohnt durch den Beifall und die Dankbarkeit der Insassen. Die Bitte um ein baldiges Wiedersehen schloß die Feler.

## Sie fühlen sich nicht wohl

und zerbrechen sich den Kopf, woher das kommt. Achten Sie auf normale Darmtätigkeit, und Sie sind gesund! Wie Sie das machen? Mit dem vorzüglichen Laxin, dem lindern, wohlschmeckenden, sicher wirkenden Mittel zur Regelung des Stuhlgangs. Eine Dose Laxin für 1.50 trägt 24 mal.

# Tut mehr für die Bauern!

## Größere Futtergersteinfuhr nur ein Anfang. — Auch Mais muß herein.

Seit Monaten hat die Sozialdemokratie eine Revision der Getreidezollpolitik gefordert, da die jede Einfuhr verhin- dernde Zölle nicht mehr der jetzigen Getreideverjorgungslage Deutsch- lands entsprechen. In erster Linie verlangt die Sozialdemokratie Senkung des Roggenzolls und Erleichterung der Futtergersteinfuhr, um jede unnötige Roggenver- fütterung vermeidbar zu machen und Preissteigerungen am Roggen- markt zu verhindern. Diese Forderungen der Sozialdemokratie haben jezt zu einem Teilerfolg geführt.

Die Einfuhr von Futtergerste ist neu geregelt wor- den. Während bisher bei der Abnahme von einem Doppel- zentner Kartoffelflocken aus den Beständen der Deutschen Getreide- handelsgesellschaft ein Doppelzentner Gerste zum verbilligten Zoll- satz von 5 Mark eingeführt werden konnte, können jezt drei Doppelzentner Gerste zu einem Zollsatz von 4 Mark je Doppel- zentner eingeführt werden. Da der Abgabepreis für die Kar- toffellocken auf 180 Mark je Tonne festgesetzt ist und der Welt- marktpreis für Gerste 97 Mark beträgt, wird eine Tonne des Futtergemischs aus Gerste und Kartoffelflocken jezt 150 Mark kosten anstatt 160 Mark vor der Neuregelung.

Wenn auch diese Preisermäßigung nicht voll der sozialdemo- kratischen Forderung entspricht, nach der der Gerstenzollsatz auf 2 Mark gesenkt werden sollte, so ist doch durch die Neuregelung der Gersteinfuhr die Verjorgung Deutschlands mit Futtergetreide erleichtert.

Für die nordwestdeutschen Bauern hat die Sozialdemokratie in ihrem Kampf um die Aenderung der Getreidezollpolitik eine Verbilligung der Produktionskosten erreicht. Dennoch kann diese Regelung nicht genügen.

Das Angebot an Kartoffelflocken ist sehr gering. Die Kartoffeltrocknereien werden insgesamt nur 100 000 Tonnen — manche Schätzungen lauten auch nur auf 75 000 Tonnen — Kar- toffellocken liefern. Zur Zeit ist das Angebot an Kartoffelflocken so gering, daß die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft jeder Import- firma nur 105 Tonnen wöchentlich zu sofortiger Lieferung verkaufen kann. Da dreimal soviel ausländische Futtergerste eingeführt werden kann wie Kartoffelflocken verkauft werden, können nur 225 000 oder höchstens 300 000 Tonnen Gerste eingeführt werden. Diese Menge reicht nicht entfernt aus, um den Bedarf an ausländischem Futtergetreide zu decken.

Es muß also entweder das Verhältnis zwischen Kartoffel- flocken und zollverbilligter Gerste bedeutend erweitert werden oder die Maisinfuhr ist in weitestgehendem Maße zu erleichtern. Des- wegen ist es

**unbedingt notwendig, den Maismonopolpreis von jezt 190 M. je Tonne erheblich zu senken.**

Die Reichsregierung beabsichtigt auch, ihn auf 160 Mark herabzusetzen. Das genügt aber nicht, der Mais muß billiger werden als das Gemisch aus Gerste und Kartoffelflocken, um einen Anreiz zur Einfuhr von Mais zu geben. Auch aus einem anderen Grunde ist es vorteilhaft, den Maispreis möglichst niedrig festzusetzen. Die Gerstevorräte am Weltmarkt sind verhältnis- mäßig knapp, so daß die Preise eine steigende Tendenz auf- weisen. Dagegen ist Mais in diesem Jahr die billigste Getreideart und wird auch am wenigsten von der zu erwartenden Haufe am Weltgetreidemarkt getroffen werden, weil die Maisernte in den wichtigsten Exportländern gut ausgefallen ist.

Wird der Zuschußbedarf Deutschlands an Futtergetreide vor- nehmlich durch die Einfuhr von Gerste bedeckt, so werden die Welt- marktpreise für Gerste in die Höhe getrieben, während die Mais- preise selbst bei einer beträchtlichen Verstärkung der Einfuhr durch diese kaum beeinflusst werden. Die notwendige Futtergetreide- verjorgung Deutschlands kann also durch die Einfuhr von Mais billiger erfolgen als durch die Einfuhr von Gerste. Deshalb ist es notwendig, daß der Maismonopolpreis auf mindestens 145 Mark gesenkt wird, um die Einfuhr von Mais zu begünstigen und den Bauern weiter zu Hilfe zu kommen.

### Kartoffelvorräte werden zurückgehalten.

Ist die Not der ostelbischen Landwirtschaft wirklich so groß?

Die letzte Notverordnung zur Sicherung der Erhaltung des ostelbischen Großgrundbesitzes wurde begründet mit der ver- zweifelten Lage der ostelbischen Landwirtschaft. Wenn nicht dem Landwirt das Siegel der Verzweiflung, das ihm ein Heer von

Gerichtsvollziehern aufdrückt, genommen würde — so jagte der Reichskommissar Schlange-Schönungen —, würden wir im nächsten Jahr mit einer Ernährungskatastrophe zu rechnen haben.

Ganz so schlimm scheint es nicht zu sein, denn die gewerbliche Kartoffelstärke-Industrie bemüht sich bereits seit Mitte Oktober, wenn auch ohne Erfolg, Kartoffeln von der Landwirtschaft zu er- halten. Die auf Kauf von Kartoffeln angewiesenen Stärkefabriken haben wachsenden Rohstoffmangel; die Produktion mußte bereits bis auf ein Drittel gedrosselt werden. Dennoch halten die Land- wirte ihre Kartoffelvorräte zurück, obwohl sich selbst der groß- agrarische deutsche Landwirtschaftsrat alle Mühe gibt, die Landwirte zum Verkauf von Kartoffeln zu überreden.

Während in anderen Wirtschaftszweigen also Betriebsstil- legungen in Massen erfolgen, droht eine Betriebsstillegung der Kartoffelstärkefabriken infolge Rohstoffmangels! Wer, wie die ost- elbische Landwirtschaft, seine Vorräte zurückhält und auf Preis- steigerung hofft, dem kann es noch nicht sehr schlecht gehen.

Die drohende Stilllegung der gewerblichen Kartoffelstärke- Industrie hat aber noch andere Folgen. Bekanntlich muß auf Grund der Notverordnung vom 6. Oktober 5 Proz. Kartoffelstärke dem Weizenmehl beigemischt werden. Da aber die Landwirtschaft nicht genügend Kartoffeln an die Stärkefabriken ab-

liefert, wird wohl bald der Zustand eintreten, daß gar nicht genug Kartoffelstärke für die Beimischung vor- handen ist.

Dieser unverantwortliche, auf seiner wirtschaftlichen Notwendig- keit beruhende Beimischungszwang ist ein Beispiel für die jetzige üble Gesetzeshandhabung und ein Beweis dafür, welche Gefahren ein Regierungssystem in sich birgt, das lediglich durch eine von Interessentengruppen einseitig beeinflusste Bürokratie geleitet wird.

### Herrn Schieles Bürokratie zur Kenntnis

Auf einer Tagesordnung des Bundes der Viehhändler Deutschlands machte der Stellvertretende Direktor der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer Reiser bemerkenswerte Aus- führungen über die Ursachen der Not in der Landwirtschaft.

Obwohl unsere Grenzen durch Zollmaßnahmen gegen jede Vieh- und Fleischinfuhr gesperrt wurden, seien die Viehpreise weiter gesunken. Die Butterpreise seien seit 100 Jahren nicht so niedrig wie heute gewesen; aber dänische Butter werde noch billiger als deutsche angeboten. Aus diesen Tatsachen gehe zweierlei hervor: einmal handele es sich bei der Not der Landwirtschaft um eine internationale Krise, gegen die man schwer antämpfen könne. Zweitens und vor allem: „Alle Maßnahmen werden nichts helfen, wenn es nicht gelingt, die Kaufkraft der consu- mierenden Menge zu erhöhen.“

Wir hätten gewünscht, diese Erkenntnisse wären schon früher von autoritativer Seite geäußert worden. Aber auch jezt ist es noch nicht zu spät, daß die Bürokratie des Reichsernährungs- ministeriums sie zur Kenntnis nimmt und danach handelt.

# Weltorganisation für Radioröhren?

## Die Einigung Telefunken-Philips.

Ähnlich wie in der Glühlampenindustrie vollzieht sich jezt auch auf dem Radiogebiet, besonders im Radioröhrengeschäft, eine Konzentration in der Richtung eines internationalen Monopols. Der Verständigung der Telefunken G. m. b. H. und der R. V. Philips Glühlampenfabriken, gingen in den letzten Mo- naten schon andere Zusammenschlüsse voraus: die Zusammen- legung des Funkgeräteeintrags der AEG und der Siemens u. Halske A.-G. bei ihrer Telefunken-Gesellschaft, dann der Ver- trag der Telefunken mit der TeKaDe, wonach das gesamte Ge- schäft in gemöhnlichen Radioröhren an die Telefunken fällt, während sich die TeKaDe auf die Herstellung von Spezialröhren beschränkt und schließlich die Interessengemeinschaft der Philips mit der französischen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. Diese Konzentrationen sind teilweise Folgen eines in der Krise verschärften Wettbewerbs, teilweise aber — ähnlich wie bei Glühlampen — darauf zurückzuführen, daß die hauptsächlichsten Patente auf dem Röhrengelände in zwei bis drei Jahren ablaufen. Besonders handelt es sich um das jezt allein bei Telefunken liegende Viben- Patent, das sich auf die Herstellung und den Vertrieb von Ver- stärkeröhren bezieht und der Telefunken-Gesellschaft auf vielen Märkten eine monopolartige Position sichert. Privatwirtschaft- lich ist es verständlich, daß man sich durch Verständigung und Kon- zentration einen Markt sichern will, der ihr auch in der gegen- wärtigen schweren Krise

sein dürfte: der deutsche Export ist erheblich gestiegen, der holländische gleichzeitig in noch stärkerem Grade gefallen.

**Der Anteil Deutschlands und Hollands an der Verjorgung des Weltmarktes beträgt rund 60 Prozent.**

In der letzten Zeit hat sich jedoch der amerikanische Wettbewerb, vor allem in Lautsprechern, in Europa verstärkt. Aber nicht nur wegen der Patenfrage und nicht nur wegen der verschärften Konkurrenz erscheint Telefunken und Philips, den beiden größten Firmen Europas, ein gemeinsames Vorgehen ange- gezeigt, sondern auch infolge der Exporterschwererungen, die aus der Schutzollbewegung erwachsen. Bekanntlich kann jeder kapitalstarke Konzern die Zollmauern dadurch überspringen, daß er innerhalb dieser Schutzollmauern selber die Produktion auf- nimmt. Ueber die Fabrikation im Ausland verfügen schon heute nicht nur die ganz großen, sondern auch mittlere Firmen.

Der Telefunken-Philips-Friede dürfte sich für den Verbraucher in Deutschland zunächst nur durch schärferes Vorgehen der Konzerne gegen die kleinen Außensteller auf dem Röhrengelände bemerkbar machen. Sobald wie möglich wird man mindestens auf dem Röhrenmarkt jeden „fremden Wettbewerb“ unterbinden. Dann wird es mit den sinkenden Funkgeräteeinträgen wohl ein Ende haben.

**gute Umsätze und Gewinne bringt.**

Das gesamte Funkgeräteeintragsgeschäft empfindet übrigens die schwere Krise viel weniger. 1930 schon war die Exportziffer Deutschlands und wahrscheinlich auch die Umsatzziffer größer als 1929. In der ersten Hälfte 1931 waren die Umsätze der deutschen Radiolindustrie etwa um 30 Proz. höher als ein Jahr vorher, und der deutsche Radioexport war in diesem Zeitraum dem Wert nach um 10, und der Menge nach um 23 Proz. größer als in den ersten 6 Monaten 1929. Der Funkmarkt ist auch noch außerordentlich entwicklungsfähig. Vom 1. April 1930 bis zum 1. April 1931 stieg der pro- zentuale Anteil der mit Empfangsgeräten versehenen Haushaltungen von 21,1 auf 24,3 Proz., so daß von einer Sättigung noch entfernt keine Rede ist.

Deutschland und Holland haben an dem Radioausfuhrhandel Europas den weitaus größten Anteil. Die Radioausfuhr der wich- tigsten europäischen Länder bezifferte sich in den letzten Jahren auf rund eine Viertelmilliarde Mark; hieran entfielen auf Deutsch- land und Holland zusammen etwa vier Fünftel. 1929 war der holländische Radioexport noch fast doppelt so groß wie der deutsche, während gegenwärtig der Anteil beider Länder etwa gleich groß

### Eine Monopolpleite.

#### Die Konzern-Affäre Mechanische Linden A.G.

Der Sanierungsbericht, den der Samkonjern Mechanische Linden A.-G. jezt veröffentlicht, enthält eine Expansionspleite von einem Ausmaße, die den Fall „Mechanische Linden A.-G.“ in die ganz großen Konzernskandale des letzten Jahres würdig einreihl.

Bei einem Kapital von 13,5 Millionen Mark weist der jezt ver- öffentlichte Jahresabschluss für 1930 einen Gesamtverlust von mehr als 18 Millionen aus. Dieses vernichtende Ergebnis ist bei einem Unternehmen möglich gewesen, das in den Jahren 1924/27 je 15 Proz. Dividende auszahlte und auch nach 1928 10 Proz. an die Aktionäre ausschütten konnte. Es handelt sich also um eins der ehemals bestfundierten und blühendsten Werte in der deutschen Textilindustrie. Die Verlustquellen, die jezt zu dieser un- geheuren Kapitalverminderung geführt haben, beruhen in einer hem- mungslosen Aufsaugung und Expansionspolitik, die seit 1928 getrieben wurde. Die Verwaltung hatte unter der ver-

**BERLIN RAUCHT JUNO**

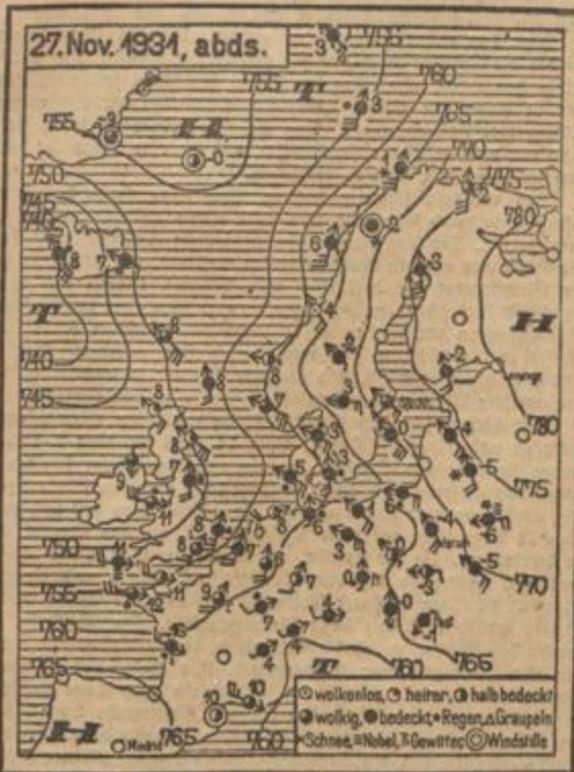
**6 STÜCK 20 ₤**

JOSETTI JUNO

JOSETTI JUNO



Allgemeine Wetterlage.



Der an der Südseite des englischen Tiefs ostwärts vorgedrungene Schwall feuchter ozeanischer Luft ist nur bis zur Elbe gelangt. Deutlich von dieser bestand daher am Freitag das trockene und kühle Wetter mit südöstlichen Winden fort, während westlich der Elbe veränderliches und ziemlich mildes Wetter mit westlichen Winden und einzelnen Niederschlägen herrschte. — Die Luftdruckgegenstände über Mitteleuropa schwächen sich zur Zeit langsam ab. Die durch Mitteldeutschland verlaufende Front des milderen westlichen Luftkörpers dürfte infolgedessen keine weiteren Fortschritte nach Osten machen, vielmehr wird sie schließlich wieder nach Westen zurückweichen, wie die am Freitagabend vor sich gehenden Luftdruckänderungen schließen lassen. Unter Bezirk dürfte daher auch in den nächsten beiden Tagen im Bereich der kontinentalen Winde verbleiben.

**Wetterausblick für Berlin.** Meist bedeckt ohne wesentliche Niederschläge, Temperaturen etwas niedriger, schwache bis mäßige Winde aus südöstlicher Richtung. — Für Deutschland. Im Westen des Reiches noch ziemlich mild, westwind bewölkt ohne erhebliche Niederschläge. Im Süden trübe mit leichten Niederschlägen, Temperaturen einige Grade über Null. Mitteldeutschland meist bedeckt ohne wesentliche Niederschläge, Temperaturen etwas niedriger. Im Osten und Nordosten weiterhin trocken und kalt.

„Haus des Technik“ wird beschlagnahmt. Der Arbeiter-Roblo-Bund beschlagnahmt am Sonntag, dem 29. November, 9 Uhr, das „Haus des Technik“, Friedrichstr. 110-112, zu der auch wohnende Genossen bereits eingelassen sind. Der Beschlagnahmung geht die Verhaftung eines technischen Films voraus. Die Beschlagnahmung ist sofortiges. Parteien im Reichstag beschlagnahmt.

Allgemeine Funktionärkonferenz

am Dienstag, dem 1. Dezember, pünktlich 19.30 Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide

Thema:

Die Sozialdemokratie und internationale Abrüstung

Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, MdR.

Zutritt haben: Alle Funktionäre der Partei und die politischen Vertrauensleute in den Bezirken. — Parteimitgliedsbuch für mit gleichlautender Funktionärkarte am Saaleingang vorzutragen. Der Bezirksvorstand.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Erweiterter Bezirksvorstand.

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes heute, pünktlich 18 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen.

Beginn aller Veranstaltungen 19 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe heute, Sonnabend, 28. November:

- 7. und 8. Kreis. Juristische Sprechstunde findet von 17-18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4 statt. Gelegenheit zum Arbeitsantritt!
- 27. Abt. 19 Uhr Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Parteimitglieder von 18 bis 30 Jahren und G.M.D. im Jugendheim Oberstr. 12. Thema: Organisiertes Kapital. Vortragender: Erwin Dellhäuser.
- 47. Abt. Heute findet das Herbstessen im Zusammenhang mit der Jubiläumfeier im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25, statt. Saalöffnung um 18 Uhr. Eintritt 20 Pf. Kinder 10 Pf. Erwerbsteile frei. Um zahlreiches Besuch wird gebeten. Die Bezirksführung werden die erhaltenen Eintrittskarten noch am Abend mit dem Abteilungsleiter ab.
- 28. Abt. Sängerebene. 20 Uhr im Idealhaus, Reichstr. 8. Bunter Abend mit Musik, politischer Satire, humoristischen Vorträgen und Tanz. Bitte alle erscheinen!
- 29. und 30. Abt. In der Halle am Hasenheide findet Sonnabend und Sonntag von 12-18 Uhr eine Ausstellung der Dieb-Handlung statt. Sonnabend, 18 Uhr. Sonntag, 10 Uhr. Der Arbeiter und sein Recht. Beteiligung der Genossen ist erwünscht.
- 127. Abt. Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich heute, 20 Uhr, an dem Elternabend der Kinderfreunde bei Frau, Berliner Str. 73. Eintritt 30 Pf.

Morgen, Sonntag, 29. November:

- 1. Kreis. 18 Uhr Vorträge, Wilhelmstr. 114, veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend einen sozialistischen Abend. Alle Parteigenossen werden diese geschlossene Veranstaltung besuchen. Parteibuch ist als Ausweis mitzubringen.
- 17. Kreis. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der westlichen Schulen in Lichterberg veranstaltet die freie Schulgemeinde in Gemeinschaft mit den westlichen Schulen einen Bunter Abend in der Aula des Gymnasiums Sonntag am Sonntag, dem 29. November, 19 Uhr. Eintritt 40 Pf. Erwerbsteile 20 Pf. Kinder 10 Pf. Schulbesuche sind herzlich eingeladen.
- 24. Abt. Beschilgung der Feuerwache Emser Straße. Treffpunkt 9 Uhr vor der Feuerwache.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Groß-Berliner Arbeiterjugend für Dezember fällt aus. Rosenbergs Gruppe kommt. Achtung, fallen! Heute treffen 19 Uhr Reichs- und Landesjugend im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, im Hofsaal. Charlottenburg. Heute, 20 Uhr, außerordentliche Parteiverammlung der Friedrich Bornhuth. Teilnehmen alle in Pflicht. Treppe. Gruppe „Haus des Technik“. Sonntag, 29. November, gemeinsamer Besuch der Sternwarte. Treffpunkt: 15 Uhr Bahnhof Treppe. Betrag 20 Pfennig mit.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

22. Abt. Am Mittwoch, dem 21. November, verstarb nach langem Leiden der Genosse Felix Wienthal. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 24. November, 14 Uhr, Krematorium Reichstr. 8 statt. Um zahlreiches Beteiligung bitten die Arbeitsgemeinschaft.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorstellung für die arbeitende Jugend Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, in der Volkshalle. „Der grüne Kolobu“, Gratecke von A. Schüller. „Der Schladtenkater“, Komödie von Schw. Karten zu 80 Pf. sind noch erhältlich. Sonntag, 10. Dezember, 11 Uhr, ebenfalls in der Volkshalle. „Die Unüberwindlichen“, Nachtragsskizze in 4 Akten von A. Kraus, in der Inszenierung des Preigiger Rembrandthauses. Karten zu 1,20 Mk. sind im Sekretariat erhältlich.

Kaffeekonzert, Sonntag, 20. November, pünktlich 19 Uhr, im Vortragssaal des Posthofes, SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen links.

Heute, Sonnabend, 28. November:

Kaiserliches Kino, Reichstr. 11, 18 Uhr, Kurios: „Wirtschaftslehre“. Morgen (Freitag) nach Bernau, Treffpunkt 6 Uhr, „Rote Erde“, 7 1/2 Uhr Stettiner Bahnhof. — Betriebsrat: Wochenendkursus in Rosowen, Treffpunkt 13 Uhr Bahnhof Schöneberg-Mitte. — Banquet: Lehnardt, Schöferstr. 4, Arbeitsgemeinschaft. — Musik: VIII; Funktionärsversammlung beim Genossen Söllinger, 17 1/2 Uhr. — Panik (M.H.): Morgen Freitag, Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Panik-Schöneberg. — Betriebsrat Mitte: Wochenendkursus, Treffpunkt 17 1/2 und 19 1/2 Uhr Schöneberg Bahnhof, Hauptbahnhof. — Betriebsrat Wedding: 18 Uhr Sprechstunde (Koblenheim), 19 1/2 Uhr Baden Gerichtshalle. — Betriebsrat Prenzlauer Berg: Wochenendkursus, Kellers Jugendbergsberg 20 Uhr. Referent: Genosse Dr. G. Decker: „Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaus“. Jüngere: Jugendbergsberg-Konferenz, Referent: Genosse Dr. D. Reichle: „Sozialistische Wirtschaftspolitik“. Treffpunkt: 18 und 20 Uhr Bahnhof Wedding und Schöneberg West. Morgen, 7 Uhr, Bahnhof Prenzlauer Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Sawary-Rot-Gold“

Sawary-Rot-Gold: Berlin 6 14. Scharführer 27-28. Hof 2. Tr. Die Kameraden beteiligen sich an den Rundfahrten wie folgt: Räder: Polenz, Alexanderstr. 24. — Tregarten, Spanbau, Arminius-Gasse, Bremer Str. 72-73. — Wedding, Prenzlauer Berg: Germania-Praktische, Schulstr. 114. — Weihen, Friedrichshagen: Siedler-Praktische, Am Friedrichshagen 16-23. — Rosenbergs, Tempelhofer Parkstr. 1-4. — Charlottenburg: Alberts, Reichstr. 8. — Schöneberg, Wilhelmstr. 114. — Spandau: Städtischer, Spandauer Str. 11. — Zehlendorf: Albrechtshof, Steglitz, Albrechtshof, 14. — Neutempelhof: Altmann, Friedrichshagen 12-13. — Köpenick: Städtischer, Köpenick, Friedrichshagen 12-13. — Lichterberg: Tempels, Friedrichshagen 45. — Reinickendorf-Pankow: Schilling, Reinickendorf, 1. — Haupt: Bundesleitung, Europa-Platz, Berlin. — Wedding (Landschaft), Sonnabend, 28. November, 19 Uhr bei Apperath, Bismarckstr. 8 (Uniform). Nachmittags 19 Uhr Tempelhofer Straße 29. — Wedding (Landschaft und Vorträge), Sonntag, 29. November, 20 Uhr, Jugendheim Reichs-Schule, Ostendburger Straße. Spieltrupp und Vorträge müssen unbedingt erscheinen.

Freiwillige Gemeinde, Sonntag, 11 Uhr, Fappellallee 15, Vortrag des Herrn Dr. F. Schill: „Leistung, Bedeutung und Untergang des protestantischen Gottesdienstes“. Fingel: Muesel (Rechtsw.). Bund deutscher Bodenreformers, Sonntag, 20. November, 20 Uhr, Landwehrschützen-Schule, Invalidenstr. 42, Hofsaal 6. Oberregierungsrat Dr. Rudolf Treubner Bericht über: „Weg zu wirklich erfolgreicher Kleinrentierung“, Erfahrungen und Verhältnisse.“ Arbeiter-Roblo-Bund Deutschlands 4. B. Sängerebene Berlin, Dienstag, 1. Dezember, 20 Uhr, Gruppe Prenzlauer Berg: Lokal, Allee, Danziger Straße 71. Abendabend der Kreisjugend, Leitung: Genosse Schmidt. — Mittwoch, 3. Dezember, 19 1/2 Uhr, Vorstandssitzung, Reichstr. 8. — Freitag, 4. Dezember, 19 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe im Reichshaus „Zum Röhren“, Hauptallee Str. 2. Gruppensitzungen fallen aus. Berlin sozialistischer Lebensreformers, Sonnabend, 28. November, 20 Uhr, Sozialbau Reichstr. 117, Bunter Abend.

Das Weihnachtprogramm des „Haus Vaterland“. Das „Haus Vaterland“ bringt mit seinem am 1. Dezember beginnenden Weihnachtprogramm ein Schauspiel das zur Zeit erfolgreichsten deutschen Schlagschlagkomponisten Billi Köfer, der abends im Volksaal seine neuesten Schläger unter der Regie von „Teg und Kluff“ von ... mit zum Vortrag bringen wird. Was Erfolg wurde wegen seines großen Erfolges verlängert und spielt eine neue lustige Szene, aus dem gleichen Grunde wird die entzückende „Kaucho-Parodie“ von Bruno Arno, in der musikalischen Bearbeitung von Konrad Heintz, mit dem „Vaterland-Gitarre“ beibehalten. In einem Ensemble-Tanz „Vaterland-Dreieck“ zeigen die Girls die Farben aller deutschen Rennhülle, sowie eine Reihe neu einstudierter Tänze von Bruno Arno.

Kellner-Theater: Nur noch die Montag verbleibt des Volkstheater „Keller-Fisch“ auf dem Spielplan. Es sollte niemand veräumen, sich dieses Stück mit Direktor Hans Berg anzusehen. Am Dienstag, dem 1. Dezember, wird zum ersten Male der neue Schläger: „Mein Kinder betreten“ aufgeführt.

Fort mit der Binde!

der moderne Mantel

reinwollener Ulster-Paletot, ganz auf Kunstseide und mit Armeifutter

24<sup>50</sup>

der moderne Anzug

reinwollener blauer Kammgarn-Anzug, auf Reinleinen und Roßhaar gearbeitet

28<sup>25</sup>

Viele Tausende tragen ihn schon seit langem zu vollster Zufriedenheit!



Männer! - Laßt Euch nicht beirren durch den Hinweis auf „bessere Qualität“ als Erklärung für den „höheren Preis“, den man von Euch dafür verlangt.

Das C & A-System hat es fertig gebracht, auch in den niedrigen Preislagen Qualitätsware zu bringen.

Wie gut Sie aussehen, wenn Sie Ihre Kleidung bei uns kaufen, und wie außerordentlich viel Sie dabei sparen können, davon werden Sie erst den richtigen Begriff bekommen, wenn Sie einmal zu uns kommen.

Immer gebieterischer fordert die Zeit „gutes Aussehen“ und „billigen Einkauf“. Beides bekommen Sie bei uns! Machen Sie einen Versuch - - -

GEHEN SIE ZU C&A BRENINKMEYER Oranienstr. 40 Am Oranienplatz Chausseest. 113 Königstraße 33 beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Nachdruck von Wort und Bild verboten!



# Die französischen Nazis.

Gesprenge internationale Abrüstungskundgebung in Paris.

Paris, 27. November. (Eigenbericht)

Ungehört und eines vollstimmten Volkes unwürdige Szenen spielten sich heute abend im Pariser Trocadero ab. Der französische Nationalismus hat dort vor mehreren tausend Vertretern von 30 Nationen, die sich zu einer Abrüstungskundgebung eingefunden hatten, sein Antlitz enthüllt. Die Kundgebung bildete den Abschluß eines Abrüstungskongresses, der auf die Initiative Lord Robert Cecil's einberufen worden war und an dem auch eine starke deutsche Delegation, bestehend aus Vertretern der Liga für den Völkerverbund, des Reichsbanners, zahlreicher katholischer und jüdischer Friedensverbände usw. teilnahmen. Gegen diesen Kongreß hatten die nationalsozialistischen Zeitungen, allen voran das „Echo de Paris“ und die „Coty“-Blätter als gegen eine „prodeutsche Veranstaltung“ protestiert.

Auf Grund dieser Proteste hatten Mitglieder zahlreicher nationalsozialistischer Herverbände beschlossen, an der öffentlichen Schlusskundgebung im Trocadero teilzunehmen, um diese zu sabotieren.

Saum hatte Herriot, der den Vorsitz führte, seine Begrüßungsansprache begonnen, als sich von allen Seiten des Riesensaales ein

## ungeheures Protestgebrüll

erhob, das Herriot das Weiterprechen unmöglich machte. Nach mehreren derartigen Unterbrechungen konnte Herriot schließlich unter einem ohrenbetäubenden Lärm seine Rede vollenden. Als dann aber ein Vertreter der katholischen Liga für Frieden und internationale Gerechtigkeit zu sprechen begann, war es mit der Ruhe vollkommen vorbei.

Jetzt begannen die anwesenden Mitglieder der pazifistischen Verbände eine energische Säuberungsaktion, da Polizei nicht im Hause, sondern nur außerhalb anwesend war. Es begann ein

## Ringkampf um die Logen,

in die sich nationalsozialistische Führer mit ihren Anhängern eingeklinkt hatten. Unter Führung des radikalen Abgeordneten Pierre Cot und des Völkerverbandsdelegierten Professor Cassin wurden die Kadavermacher an die Luft gesetzt.

Etwas eine halbe Stunde lang bildete das Trocadero einen wüsten Kampflplatz, während die Redner weiter sprachen, ohne daß natürlich ein Wort zu verstehen war. Frau Louise Welch, die Leiterin der Wochenschrift „Europe Nouvelle“ und Organisationsleiterin des Kongresses, wurde besonders unanständig behandelt. Da sie mit etwas hoher Stimme sprach, wurde ihre Rede durch ständiges „Miserable!“ und Zwischenrufe wie „Nach, daß du in die Küche kommst!“, unterbrochen.

Schließlich stimmten die „Flegel“ die „Marxellais“ an, während andere „Nach Berlin“ brüllten.

Noch unerhört wurde die Kundgebung, als der Zentrumsabgeordnete Joos das Wort nahm. Von verschiedenen Seiten des Saales brüllte man ihm zu:

„Halt die Schnauze!“, „Das stinkt nach Sauerkraut“

und ähnliches seine Worte. Inzwischen war der Saal von den wüsten Schreien gefüllt worden, so daß Lord Cecil in einer verhältnismäßig ruhigen Situation das Wort nehmen konnte.

Da er aber englisch sprach, wurde ihm von verschiedenen Seiten zugebrüllt: „Sprechen Sie in Frankreich französisch.“

Der Platz vor dem Trocadero war inzwischen in eine Art Belagerungszustand versetzt worden. Überall hatten starke Polizei- und Gendarmabteilungen mit Stockhelmen Aufstellung genommen.

# Bersärfte Bankkontrolle!

Das fordern die Einleger der Ladendorff-Bank.

Die Versammlung, die am Donnerstagabend von den Gläubigern der Bank für Handel und Grundbesitz im Lehrervereinshaus abgehalten wurde, mußte schon vor Beginn polizeilich geschlossen werden. Hunderte erhielten keinen Zutritt. Das zeigt, wie groß die berechtigste Empörung in den Reihen der Geschädigten ist; das zeigt auch den Willen, das juristische und moralische Recht geltend zu machen.

Was die Einleger und Später der Bank für Handel und Grundbesitz — ausnahmslos Handwerker, kleine Unternehmer, Hausbesitzer — zunächst verlangen, ist die Fortführung der Bank für Handel und Grundbesitz. Neben dem unverantwortlichen Betrug der leitenden Herren sei für den Zusammenbruch die Wirtschaftskrise verantwortlich. Die Gläubiger vertreten die Ansicht, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, zu helfen, da sie nach der Bankkrise im Juli durch Kunduntreten und großzügige Propaganda immer wieder um das Vertrauen der Einleger zu Banken und Sparkassen gewonnen habe. Dadurch habe die Regierung eine moralische Verpflichtung übernommen, da ja der einfache Mann aus dem Volke dem Firmenschild nicht ansehen könne, ob die dahinterstehende Bank gut sei oder nicht. „Wenn wir“, so etwa führte Rechtsanwalt vom Berg unter stürmischem Beifall der Versammlung aus, „in Deutschland eine Bankkontrolle haben, dann haben wir jedenfalls eine sehr mächtige. Was hilft eine solche Kontrolle, wenn sie erst eingreift, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Nicht eher werden die Grabscharen und Marktschreier aus dem Strumpf in die Kästen wandern, ehe nicht die Regierung durch Reichsgesetz die Haftung für alle Einlagen übernimmt“ — was natürlich nur nach Einführung einer wirkungsvollen präventiven Bankkontrolle oder gar einer Verstaatlichung der Banken möglich wäre.

Hier ist also einer großen Masse geschädigter Mittelständler zum Bewußtsein gekommen, wie wichtig und nützlich die öffentliche Bankkontrolle ist. Hier wurde erkannt, daß die Betrügereien Seifferts und Ladendorffs niemals hätten stattfinden können, wenn wir in Deutschland eine wirkungsvolle Bankkontrolle und nicht nur einen schwachen Anstoß dazu hätten. Aber werden diese Kreise auch für die Politik daraus lernen? Oder werden sie weiter den Ladendorffs und Hillers nachlaufen, statt mit den Arbeitern zu gehen, von denen ihr ganzes Wohl und Wehe abhängt und die für Bankkontrolle allein kämpfen?

## Vorschüsse für die Einleger.

Die Forderung der Einleger der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, wenigstens einen Teil der festgefrorenen Mittel wieder in die Hand zu bekommen, ist außerordentlich dringend geworden. Viele Betriebe haben sich nicht mehr in der Lage, die laufenden Löhne und Untkosten zu zahlen. Die Dresdner Bank, die bekanntlich die Abwicklung der Seiffert-Bank besorgt, hat deshalb bei ihren Schaltern in der französischen Straße eine Auskunftsstelle für die Einleger eingerichtet, durch die auch die Bewirtschaftung der Einlagen in besonders dringenden Fällen, also für Steuerzwecke und Gehaltszahlungen vermittelt werden dürfte.

# Die Tarnung.



„Hinter diesem Schuttschild findet uns kein Oberreichsanwalt!“

# Landtagspräsident Wittmaack.

Der Landtag bis zum 15. Dezember verlag.

Im Preussischen Landtag wurde am Freitag der Abgeordnete Wittmaack-Magdeburg (Soz.) mit 250 Stimmen zum Präsidenten des Landtages gewählt. Der kommunistische Kandidat Kaiser erhielt 33 Stimmen, 66 Jettel waren unbeschrieben und eine Reihe von Stimmen zerstreut.

In namentlicher Abstimmung wird dann der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Grimme mit 219 Stimmen der Regierungsparteien gegen 173 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Entsprechend dem Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses wurde ohne besondere Abstimmung einstimmig die Immunität des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Labendoff aufgehoben.

Als bei einer späteren Abstimmung sich die Beschäftigungsfähigkeit herausstellte, wurde der Landtag bis zum 15. Dezember verlag.

Zu Beginn der Freitagssitzung des Preussischen Landtages beantragten die Kommunisten, sofort über einige neue von ihnen eingebrachte Anträge zu verhandeln, das Verbot des Rotfrontkämpferbundes aufzuheben und einen Untersuchungsausschuß über die Fürsorgeerziehungsanstalten einzusetzen. Von sozialdemokratischer Seite wird der sofortigen Beratung widersprochen. Sie kann also nicht stattfinden.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des neuen Landtagspräsidenten. Gewählt wird mit 250 Stimmen Abg. Wittmaack (Soz.).

## Abg. Wittmaack (Soz.)

übernimmt den Vorsitz des Hauses und dankt für die große Stimmenzahl, die sich auf ihn vereinigt hat. Ich kann aber nicht leugnen, daß ich noch lieber einstimmig gewählt worden wäre. (Heiterkeit.) Der Präsident muß getragen sein vom Vertrauen des ganzen Hauses, und ich werde mich darum bemühen, das Vertrauen aller Abgeordneter zu erwerben. Ich werde die Geschäfte des Hauses ernst, sachlich und gerecht, unparteiisch, aber mit fester Entschlossenheit zu führen suchen. Ich tenne die Aufgabe des Präsidenten, die Rinderheit zu schützen. Aber hier muß Gegenlosigkeit herrschen: die Rinderheit darf auch nicht versuchen, das Recht der Mehrheit und das Recht des ganzen Parlaments anzutasten. Solche Versuche zurückzuweisen bin ich gleichfalls fest entschlossen. Mein Leitgedanke dabei wird die Geschäftsordnung des Hauses sein. Mißachtung und Mißbrauch der Geschäftsordnung werde ich von niemandem dulden. Bei gutem Willen lassen sich die schärfsten Gegensätze in sachlichen Formen austragen. Ich habe es stets bedauert, daß so viele Reichende, die sich in ihrem Privatleben einwandfrei bewegen, im politischen Kampf jeden Sinn für Gerechtigkeit und Anstand vermissen lassen. Unter diesen politi-

schen Unanständigkeit leidet das Ansehen des Staates und der ganzen deutschen Nation. (Lebhafte Zustimmung.) Ich werde mit fester Hand alles tun, was notwendig ist, um die Würde des Parlaments zu schützen. Vielleicht können wir dadurch richtungweisend und nachahmungsbildend für das politische Leben des ganzen Landes werden. (Stürmischer Beifall und Handklopfen, besonders bei den Soz.)

Der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Grimme wird mit 219 gegen 173 Stimmen abgelehnt. (Beifall bei den Soz.)

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge tritt das Haus den Feststellungen der Untersuchungsausschüsse über die Preußenkasse und das Verhalten der Regierung beim Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ bei.

Entgegen dem Antrag des Untersuchungsausschusses, zu den Rotverordnungen der preussischen Regierung auf dem kulturellen Gebiet den Wunsch auszusprechen, daß die Regierung eine Stafflung der erhöhten Studiengelder auf den Universitäten in Aussicht nehmen möge, beschließt das Haus gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, diese Stafflung abzulehnen.

Es folgen die Abstimmungen zur neuen Geschäftsordnung.

Die kommunistische Fraktion beantragt 165 namentliche Abstimmungen.

Abg. Bock (Dnat.): Diese Abstimmungen würden uns vierzig Stunden kosten. Ich beantrage, von der Durchberatung der neuen Geschäftsordnung Abstand zu nehmen. Unsere Vorarbeiten bleiben bestehen, und die endgültige Beschlussfassung kann beim neugewählten Landtag liegen.

Abg. Slesler (Z.) beantragt, vorweg den Paragraphen der Geschäftsordnung zu beschließen, der es in das Ermessen des Hauses stellt, ob es momentan abstimmen will oder nicht. Würde diese Bestimmung angenommen, könne sie sofort in Kraft gesetzt werden, und die Beratung der übrigen Bestimmungen der Geschäftsordnung sei dann sehr vereinfacht.

Bizepräsident Dr. von Aries: Ich halte die sofortige Inkraftsetzung einer solchen neuen Bestimmung für nicht zulässig.

Abg. Leinert (Soz.), von den Kommunisten mit großem Lärm empfangen, weist an der Hand der bisherigen Praxis nach, daß ein solches Verfahren rechtlich nicht zu beanstanden sei.

Abg. Slesler (Z.) erklärt sich damit einverstanden, daß in dieser Sitzung nur über den einen Paragraphen entschieden werde, der die Zulassung namentlicher Abstimmungen ins Belieben des Hauses stellt. Von wann an diese Bestimmung dann in Kraft gesetzt werden solle, darüber könne man sich später verständigen.

Ueber diesen Antrag wird namentlich abgestimmt; Kommunisten und Rechtsparteien nehmen an der Abstimmung nicht teil. Es werden 208 Ja-Karten abgegeben. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Bizepräsident Dr. Aries beraumt unter großem Jubel der Kommunisten die nächste Sitzung auf den 15. Dezember an.

# Unternehmer und Wirtschaftsstandale.

Tagung des Reichsverbandes. — „Geradezu unverständliche und ungeheuerliche Vorfälle.“

Gestern nachmittag hat der neue Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Krupp von Bohlen und Halbach die Berliner Hauptausstellungstagung des Verbandes mit der Bemerkung eröffnet, daß der Reichsverband nach wie vor entschlossen sei, das System der Privatwirtschaft und der individualistischen Wirtschaftsführung zu verteidigen. Der mächtigste Unternehmerverband Deutschlands steht aber selbst das Vertrauen in die kapitalistische Wirtschaftsführung durch die Häufung der Wirtschaftsstandale tief erschüttert, und so erlebte man als wichtigstes auf dieser Tagung durch Krupps Rede eine Stellungnahme zu den Verantwortlichen dieser Wirtschaftsstandale, die durch ihre Schärfe fast sensationell wirkt. Krupp sagte u. a.:

„Die liebbedauerlichen, vielfach geradezu unverständlichen und ungeheuerlichen Vorfälle, die in letzter Zeit in unserer Wirtschaft sich gehäuft haben, können nicht scharf genug verurteilt werden.“

Gegenüber jedem, der vom Wege des ehrbaren Kaufmanns abmeicht, solle und müsse eine scharfe persönliche und wirtschaftliche Trennungslinie gezogen werden. Diese Stellungnahme wurde auch unterstrichen durch eine offizielle Erklärung, die Krupp im Namen der Vorstände des Bankenzentralverbandes, des Industrie- und Handelstages, der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Ueberseehandels, der Reichsverbände des Deutschen Handwerks und der Privatversicherung sowie der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände abgab.

„Die deutsche Wirtschaft ist seit Monaten Zeuge von Vorkommnissen innerhalb ihrer Reihen, deren Zahl die Gefahr heraufbeschwört, daß sie nicht als Einzelerscheinung, sondern als

Zeichen eines allgemeinen Niedergangs der kaufmännischen Charakteristik gewertet werden.“

mit diesen das Mißtrauen in die Wirtschaftsführung kennzeichnenden Worten beginnt die Erklärung der Spitzenverbände. Sie schließt mit der Feststellung der besonderen Pflicht der Verbände, alle Kräfte an die Selbstreinigung der deutschen Wirtschaft zu wenden und nicht nur eine scharfe persönliche Trennungslinie zu ziehen, sondern auch die weitere Zugehörigkeit der Betroffenen zu den Organen der Spitzenverbände von dem Ergebnis der zu treffenden Feststellungen abhängig zu machen.

Hier liegt das erste Eingeständnis sämtlicher Spitzenverbände der deutschen Unternehmer vor, daß eine Reinigung in der deutschen Wirtschaftsführung notwendig ist. Die lägenhafte und die öffentliche Meinung in den letzten Jahren vergiftende These ist offiziell preisgegeben, daß „die öffentliche Wirtschaft und die Gemeinwirtschaft“ das Hemmnis einer vernünftigen deutschen Wirtschaftspolitik seien. Wir stellen das fest.

Für die vom Reichsverband zu befolgende wirtschaftspolitische Linie ergab sich aus der Rede Krupps nichts Neues. Krupp fand freundliche Worte für die Landwirtschaft; er verziet freilich nicht, wie durch den auch vom Reichsverband erfolgten Vorschlag die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung gehoben werden soll. Er fand freundliche Worte für die mittlere und Kleinindustrie, ohne aber zu sagen, daß auch die Senkung der Zinssätze und die durch das Einströmen der großindustriellen Kredite verminderte Kreditverbilligung eine Lebensfrage für die mittlere und kleinere Industrie sind. Krupp fand sogar freundliche Worte für die Arbeiterschaft, die freilich im gegenwärtigen Augenblick, wo Lohnsenkung nach wie vor die Parole ist, wie Hohn klingen mußten.

# Künstliche Dauerfrise.

## Der verhängnisvolle Lohnabbau.

Die Reichsregierung wird von der Geschichte verurteilt werden, nicht weil sie der Arbeiterklasse schwere und unnötige Opfer auferlegt hat, sondern weil sie mit ihren Maßnahmen immer wieder den natürlichen Ablauf der Krise verhindert und ganz Deutschland in schwerste Bedrängnis gebracht hat.

In der kapitalistischen Gesellschaft verlaufen die Wirtschaftskrisen immer derart, daß bei ansteigender Konjunktur die Löhne und die Preise gleichfalls ansteigen, jedoch die Preise oder vielmehr die Profite schneller als die Löhne. Daraus entsteht das, was man als Wirtschaftskrise zu bezeichnen pflegt. Während der Wirtschaftskrise sinken Preise und Löhne, jedoch die Preise schneller als die Löhne, bis das Gleichgewichtsverhältnis wieder hergestellt ist und eine neue aufsteigende Konjunktur beginnt.

Die Reichsregierung, die heute (soziales) nur noch unter der Kontrolle der Bürokratie steht, weil die Wähler das Parlament effizient unfähig gemacht haben, hat alles getan, um diesen

### natürlichen Ablauf der Wirtschaftskrise zu verhindern.

Sie hat durch Subventionen, Zölle und ähnliche Maßnahmen das Abgleiten der Preise zu verhindern gesucht und hat gleichzeitig durch die Schlichtungsinstanzen und durch die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung zwangsweise die Löhne immer tiefer gesenkt, so daß im Widerspruch zu dem natürlichen Ablauf der Krise die Löhne und Gehälter schneller gesunken sind als die Preise. Damit ist die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts verhindert oder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.

Der Reichskanzler hat sich einmal in einer Rede gegen den „Käuferstreik“ gemeldet, der besonders die Gesundung der Textilindustrie verhindern. Einen interessanten Einblick in diesen „Käuferstreik“ gewinnt man, wenn man sich die Zahlen über den Verbrauch von Schuhen in Deutschland vor Augen hält. Nimmt man die Zahl der in Deutschland erzeugten Schuhe, zählt man zu diesen die eingeführten Schuhe und zieht davon die Ausfuhr an Schuhen ab, so kommt man zu folgenden Zahlen: Im Jahre 1927 wurden in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung 1,24 Paar Schuhe verbraucht. Im Jahre 1929 war der Konsum zurückgegangen auf 1,14 Paar, im Jahre 1930 auf 1,04 Paar und — nach den bisher vorliegenden Zahlen — für das Jahr 1931 dürfte der Schuhkonsum in Deutschland

auf den Kopf der Bevölkerung weniger als 1 Paar Schuhe im Jahr betragen. Ergänzt werden diese Zahlen aufschlußreich durch den

Beschäftigungsgrad in der Schuhindustrie. Während der ersten zehn Monate des Jahres 1930 waren von den Mitgliedern des Zentralverbandes der Schuhmacher voll beschäftigt 27.450 Arbeiter und Arbeiterinnen, während der ersten zehn Monate des Jahres 1931 waren es nur mehr 15.392, was einen Rückgang von 44,84 Proz. gleichkommt. Außerdem stieg die Anzahl der Kurzarbeiter von 36 auf 44 Proz. Dies ist nur ein Ausschnitt aus einer typischen Konsumindustrie. Beläßen wir genaue Zahlen über andere Industrien, so würde das Bild kaum anders sein.

Es ist bekannt, daß eine Wirtschaftskrise immer zuerst eintritt bei der Produktionsmittelindustrie und daß eine aufsteigende Konjunktur ihren sichtbarsten Ausdruck in einem aufsteigenden Beschäftigungsgrad der Produktionsmittelindustrie hat. Wenn aber der Absatz und der Beschäftigungsgrad in den Konsumgüterindustrien derart sinkt, ist es selbstverständlich ausgeschlossen, daß die Produktionsmittelindustrie auf eine Wiederbelebung hoffen kann. Alle Bestrebungen müssen also darauf gerichtet sein, den Konsum zu stärken.

Wenn aber durch eine willkürliche Senkung der Löhne und Gehälter der Konsum zwangsweise abgedrosselt wird, ist es ganz ausgeschlossen, daß wir irgendwie zu einer Überwindung der Wirtschaftskrise kommen können.

Nicht weil die Politik der Reichsregierung der Arbeiterklasse Opfer auferlegt, sondern weil diese Opfer nicht nur nutzlos gebracht werden, die Krise zu verschärfen und das Elend zu einem dauernden machen, wenden sich die Gewerkschaften aller Richtungen gegen diese Maßnahmen.

Wenn die Unternehmer in ihrer grössten Kurzsichtigkeit verlangen, daß der Schnitt bei den Löhnen und Gehältern zum dritten, vierten und fünften Male radikal vorgenommen werden müsse, damit für die Unternehmer wieder der „Anreiz“ bestehe, die Arbeiter zu beschäftigen, so muß man sich nur darüber wundern, daß diese Leute — offenbar mit Recht — auf die bodenlose Unwissenheit derer spekulieren, die ihnen zuhören. Die Unternehmer beschäftigen nur dann Arbeiter, wenn sie die entsprechenden Aufträge haben. Diese Aufträge bekommen sie nur dann, wenn es dafür Käufer gibt. Selbst wenn z. B. der Lohn der Schuharbeiter auf Null gedrückt würde, könnten die Schuhe dadurch nur um Pfennigbeträge pro Paar gesenkt werden. Eine Krise ist immer das sicherste Anzeichen dafür, daß die Löhne im Verhältnis zu den anderen Gestehungskosten zu niedrig sind. Sie jetzt nochmals senken, heißt die Krise verewigen wollen.

## Zu hoch und zu niedrig.

### Verhöhung der Arbeiter.

Unzählige Male haben die Unternehmer erklärt, nur durch Lohnabbau könne die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Der Lohn wurde abgebaut, die Arbeitslosigkeit stieg. Um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen, der durch die Rationalisierung keine Arbeitsstelle eingebüßt hat, wieder in Beschäftigung zu bringen, haben die Gewerkschaften die Vierzigstundenswoche gefordert. Sie waren zu einer Verkürzung der Arbeitszeit auch unter Opfern bereit. Das großzügige Angebot der Gewerkschaften wurde auf der anderen Seite mit einem heimtückisch-frivolsten Spiel beantwortet.

Bei den Arbeitszeiterhandlungen im Juli erklärten z. B. Unternehmer der Industrie der Steine und Erden, der Lohnstand lasse eine Einkommensverminderung durch Arbeitszeiterhöhung nicht mehr zu. Als aber dann die Arbeitszeiterhandlungen im Sande verlaufen waren, wurde durch neuen Lohnabbau das Einkommen der Arbeiter von neuem sehr kräftig vermindert. Bei den Verhandlungen im Juli wurde von den Arbeitgebern erklärt, es könne nicht zentral, sondern nur bezirklich verhandelt werden. Als dann bezirklich verhandelt wurde, erklärten die Arbeitgeber, die Einführung der Vierzigstundenswoche könne nur zentral und von der zentralen Organisation vereinbart werden.

Nachdem alle bezirklichen Verhandlungen gescheitert waren, hat das Reichsarbeitsministerium dieser Tage noch einmal die Parteien der Industrie Gruppe Steine und Erden zu einer Besprechung geladen. Das Ministerium hat dabei zugleich einen Entwurf über eine eventuell zu erlassende Verordnung der Vierzigstundenswoche den Parteien übergeben. Sofort begann auf der Gegenseite wieder das übliche Verschleppenspiel. Die entscheidenden Besprechungen fanden schließlich statt. In den Verhandlungen gab das Arbeitgeberkartell der Industrie Steine und Erden als Zentrale für alle Industriezweige der Gruppe eine schriftlich formulierte Erklärung ab, wonach sie die Einführung der Vierzigstundenswoche und den vorgelegten Entwurf ablehnt. Die volle Verantwortung für eine eventuelle Verordnung und deren Folgen habe das Reichsarbeitsministerium zu tragen. Nach Erlaß einer Verordnung über die Vierzigstundenswoche würden weitere Entlassungen vorgenommen werden.

Von hoher behördlicher Stelle wurde erklärt, man habe die Industrie aus der Verordnung herauslassen wollen, weil ihr jetzt erreichter Lohnstand eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen Lohnminderung nicht mehr zulasse.

Da haben wir also die Botschaft: In der Lohnfrage ist der Lohn zu hoch, in der Arbeitszeitfrage ist er zu niedrig. Weil der Lohn zu hoch ist, wird er abgebaut, obwohl er eigentlich schon vor einem halben Jahr zu niedrig war. Weil er zu niedrig ist, kann man die Arbeitslosigkeit nicht durch Arbeitszeiterhöhung eindämmen. Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll: über die Brutalität oder über die Frivolität, mit der seit Jahr und Tag das deutsche Unternehmertum mit den Arbeitern sich zu spielen erlaubt.

## Konflikt in den Konditoreien.

### Gut verdienen und schlecht bezahlen.

Alle Bemühungen der freigewerkschaftlichen Organisation, mit den Konditorarbeitern zu einem Tarifverhältnis zu kommen, sind endgültig gescheitert. Die Konditorinnung, unter Führung ihres stellvertretenden Obermeisters Max Schaub, Köpenicker Straße 107, hat auch den Vorschlag des Gewerbetarifs Körner, ein unparteiisches Schlichtsgericht darüber entscheiden zu lassen, abgelehnt. Die Konditorleitenden wollen durchaus gegenüber den Löhnen im Kaffeehausgewerbe und in Bäckereien 30 Proz. weniger bezahlen, trotzdem in den Konditoreien noch sehr gut verdient wird. Jede Hausfrau kann es nachrechnen, da ja aus einem Pfund Kaffee 60 Portionen hergestellt werden.

Die Organisation wird sich in den nächsten Tagen an die Konditoreien besuchenden Gäste wenden, um festzustellen, ob diese Besucher Lokale frequenteren wollen, in denen das Personal mit Stundenlöhnen abgeloht wird. Das Konditorpersonal wird am Donnerstag, dem 3. Dezember, abends 7 Uhr, im Palais des Jentums, Köpenicker Straße 36, dazu Stellung nehmen.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband.

## Die Christen an den Kanzler.

### Beschwörung in letzter Stunde.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften richtet ein Schreiben an den Reichskanzler, in dem er diesen nochmals beschwört, bei den „schmerzlichen Entscheidungen“, die die Reichsregierung zu nehmen im Begriffe ist, „auf die bereits sehr bedrängte Lage der Arbeitnehmer entsprechend Rücksicht“ zu nehmen. In dem Schreiben werden die wesentlichen Argumente, die die Gewerkschaftsvertreter im Wirtschaftsrat und auch sonst immer wieder in den Vordergrund gestellt haben, nochmals zusammengefaßt. Es heißt da unter anderem:

„Um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden, muß mit allem Nachdruck auf eine Senkung des Preisniveaus hingearbeitet werden. Die Annahme, man brauche nur die Gehälter und Löhne zu senken, und die Preise seien dann in entsprechendem Ausmaße von selbst, ist — besonders auch in Anbetracht der vielen Preisbindungen und verschiedenen Spannen — nicht haltbar. Im übrigen ist nicht zu leugnen, daß seit dem vor mehr als Jahresfrist einsetzenden Absinken der Löhne, die Preise der Abwärtsbewegung der Löhne nicht hinterließ gefolgt sind. Bei den angestellten Vergleichen wird meist außer acht gelassen, daß die tarifmäßigen Stundenlöhne keinen zuverlässigen Vergleichsmassstab abgeben. In Wirklichkeit kommt es bei den Vergleichen auf den Effektivlohn an, und dieser ist in der erwähnten Zeit in weit stärkerem Maße gesunken wie der Gesamtlohnstand. ... Angesichts der Gesamtlage und auch der Strömungen in verschiedenen Kreisen ist die Befürchtung nicht ungerichtlich, daß die auch von uns als notwendig anerkannte Senkung der Gestehungskosten einseitig zu Lasten der Löhne und Gehälter erfolgt. Hiergegen müßten wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. ... Dringend notwendig ist ferner eine Senkung der Rieten. Sowohl aus diesem wie auch aus dem Grunde, daß die überhöhten Zinsen und Zinspannen unsere Wirtschaft auf das schwerste belasten und den einseitigen Druck auf die Löhne erhöhen, glauben wir uns zu dem weiteren Hinweis verpflichtet, daß alles im Rahmen des Möglichen Liegende schnell und durchgreifend geschehen muß, um hier zu gesunderen, die produktive Wirtschaft mehr entlastenden Verhältnissen zu kommen.“

Zum Schluß versichert der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften der Reichsregierung, daß er zu ihr das Vertrauen habe, an den sozialen Grundrechten der Arbeiter nicht rütteln zu lassen. Wir können leider nicht sagen, daß die Arbeiterschaft in ihrer großen Masse dieses Vertrauen noch teilt.

## Eine neue „Aktion“.

### Unorganisierte wollen Buchdrucker führen.

Der Vorstand der Berliner Buchdrucker hatte zum 23. November eine außerordentliche Generalsammlung einberufen, die zu dem Ergebnis der Lohnverhandlung Stellung nehmen sollte. Da die Lohnverhandlungen für das Buchdruckgewerbe durch Beschluß der Schlichterkammer bis zum 28. November verlagert worden sind, wurde auch die Versammlung rechtzeitig verlegt, und zwar auf den 3. Dezember. Diese selbstverständliche Maßnahme wurde von der überwiegenden Mehrheit der Berliner Buchdrucker gutgeheißen.

Die Kommunisten suchten aus der Verlagerungsüberlegung für ihre Partei und für die gewerkschaftsfeindliche RGD Kapital zu schlagen. Am 23. November veröffentlichte die „Rote Fahne“ unter der Balkenüberschrift „Buchdrucker treffen Kompromissverhandlungen“ einen Bericht über eine Konferenz kommunistischer Betriebsräte, die am 23. November im „Presdenen Garten“ tagte.

Der Bericht beginnt mit der bewußten Lüge, daß sich am 23. November (der Tag, an dem ursprünglich die außerordentliche

Generalsammlung stattfinden sollte) nur dem Gewerkschaftshaus Hunderte von Funktionären des Buchdruckerverbandes stauten.

In Wirklichkeit war die Umlegung der Generalsammlung auf den Berliner Buchdruckfunktionären bekannt. Die Kommunisten hatten deshalb ihren Anhang nach dem Gewerkschaftshaus geschickt, der zum großen Teil aus Berufsfremden bestand. Die vor dem Gewerkschaftshaus Versammelten mußten aufrichtig gemäß die „empörten Sozialdemokraten“ markieren und dann das kommunistische Versammlungsfokal füllen. Die Versammlung war insgesamt von rund 60 Personen besucht, jedoch meist von weniger bekannten Firmen. Im Gegensatz zu der Behauptung der „Rosen Fahne“, in der Berichterstattung seien fast alle Berliner Großdruckereien vertreten gewesen, muß festgestellt werden, daß Großdruckereien fast gar nicht vertreten waren. Die Firmen Scherl, Koffe usw. fehlten gänzlich. Es spricht für sich, daß von dem in der Versammlung gewählten Ausschuss zur Vorbereitung der Kompromissmaßnahmen, der aus 9 Personen besteht, nur zwei einer freien Gewerkschaft angehören.

Damit ist die kommunistische „Aktion“ als ein Nachwerk gewerkschaftlicher Analysen gekennzeichnet, das nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer treibt.

## Barmer Ersatzkasse mit Unternehmern.

### Vereinbarung mit dem Reichsverband des Großhandels.

Die bekannte Barmer Ersatzkasse; Krankentasse für Kaufleute und Privatbeamte in Deutschland zu Barmen, hat, wie aus einem Rundschreiben des Chemischen Großhandelsverbandes, eines Unterverbandes des Reichsverbandes des Deutschen Großhandels, hervorgeht, mit diesem Reichsverband eine Vereinbarung getroffen, wonach die Unternehmer ihre Angestellten der Barmer Ersatzkasse zuführen sollen. Für das Einziehen der Beiträge soll ihnen eine Vergütung von einem halben Prozent der reinen Krankenversicherungsbeiträge zufließen. Der Großhandelsverband schreibt den angeschlossenen Firmen:

„Die Unterhaltungen mit der Barmer Ersatzkasse haben dazu geführt, unseren Mitgliedern zu empfehlen, den bei ihnen beschäftigten Angestellten nahezu legen, in dieser Kasse Aufnahme zu suchen.“

Und er begründet diese Empfehlung damit, daß die Barmer Ersatzkasse eine freie Ersatzkasse sei, die keinerlei Organisation angehöre, parteipolitisch neutral und von den Gewerkschaften unabhängig ist. Es wird also hier der gerade in der heutigen Wirtschaftskrise für die Angestellten besonders verberbliche Versuch unternommen, sie ihrer Gewerkschaft, dem Zentralverband der Angestellten, zu entfremden und sie einer Krankentasse zuzuführen, die aus der Sozialversicherung ein Geschäft macht.

## Löbe vor den arbeitslosen Buchdruckern.

Der Vorstand der SPD-Fraktion der Berliner Buchdrucker hatte das Richtige damit getroffen, als er für die Verammlung der arbeitslosen Buchdrucker am Freitag im Gewerkschaftshaus Reichstagspräsidenten Paul Löbe, einen Berufskollegen, als Referenten verpflichtete. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, als Genosse Löbe das Wort zu seinem Vortrag „Krise und Sozialismus“ ergriff.

In seiner jenseitigen und populären Vortragart zeigte er den Verammelten, daß die schwere Wirtschaftskrise nicht eine Folge der neuen Staatsform ist, auch mit dem Marxismus nichts zu tun hat, sondern einzig und allein auf einem Konstruktionsfehler in der Warenproduktion beruht. Soll zwingender Logik war seine Beweisführung, daß es aus dieser jurchibaren Krise nur einen Ausweg gibt, nämlich die Herbeiführung einer Planwirtschaft, den Sozialismus.

Die Sozialdemokratie verlangt die Enteignung der Besitzer der großen Produktionsstätten, was von der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Propaganda in die Forderung umgelogen wird, die Sozialdemokratie verlange die Sozialisierung eines jeden Rasiermessers, eines jeden Hackloches. Die Privatkapitalisten sträubten sich gegen diese Forderungen der Sozialdemokratie. Ihr Widerstand wird solange erfolgreich sein, wie die Arbeiterschaft in mehrere Lager geteilt ist, die sich gegenseitig zur Freude der Unternehmer aufs heftigste bekämpfen. Das Hauptziel jedes vernünftigen und vor allem vorwärts strebenden Arbeiters muß daher sein, die Arbeiterschaft zu einer einheitlichen Front zusammenzuschweißen.

Die Versammlung quittierte den Vortrag, dem sie mit gespanntester Aufmerksamkeit gefolgt war, mit stürmischem Beifall.

## Ein Ueberläufer.

Aus dem Siemens-Konzern wird uns geschrieben:

Mit einer recht knalligen Ueberschrift: „Sozialdemokratischer Angestelltenrat von Siemens geht zur KPD“ bringt die „Rote Fahne“ eine Erklärung „eines“ „Angestelltenratsmitgliedes“, des Ingenieurs Scheller, in der es heißt, daß sein Uebertritt zur KPD ganz zwangsläufig erfolgt sei.

Zeitstellen ist, daß Herr Scheller seit Februar 1931 nicht mehr Mitglied der SPD war. Weiterhin sei festgestellt, daß Herr Scheller aus dem „Butab“ wegen Beitragsrückstandes ebenfalls vorher ausgeschlossen war.

Denzufolge ist die Ueberschrift, mit der die „Rote Fahne“ die „Erklärung“ verfiel, vollkommen deplaciert.

Wie man nachträglich erfährt, hat Herr Scheller die Absicht, seine Tätigkeit nach Ruhland zu verlegen, und lediglich zu diesem Zweck ist er jetzt in die KPD eingetreten.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19. Dez., tagen die Gruppen: Jungfrauen: Jugendheim Reinickendorf, Jungfernst. 68. Das Rädel in der Familie und in der Gruppe. — Mädchen: Jugendheim Willenowstr. 3, Zimmer 9, Entscheidung der Wirtschaft die zur Gegenwart. — Jungen: Sonntag, 20. Dezember, finden folgende Veranstaltungen statt: Korbzettel: Jugendheim Reinickendorf, 10. Dübener Straße, Holmann singt und spielt noch unserer Wahl. — Korbzettel: Jugendheim Tempelhof, Hermannstraße (Eingang Oststraße). Unter Korbzettel findet eine Tombola statt. — Korbzettel: Jugendheim Koabit, Volter Str. 19, Spielabend. — Korbzettel: Jugendheim Dantow, Oststraße. Ein Quartett durch die moderne Literatur. — Jugendgruppe des Deutschen Reichsbrotwerkes: Besichtigung des Ballerandemusums, Treffpunkt 10 Uhr, Eingang Reichsbrotwerkes. — Jugendgruppe des Schleimwerkes: Fachgruppe Korbzettel und Korbzettel: Schulung von Vorkämpfern nach Verman. Treffpunkt 8 Uhr Eingang Grottinger Bahnhof. — Korbzettel: Wir denken das Bau- und Verkehrsmuseum.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Der Singkreis tritt heute ab 19. Dez. im Jugendheim der Schule Klauer Str. 18. — Karten für die Jugendvorstellung der Volkshöhne am 8. Dezember zum Preis von 30 Pf. sind im Jugendkassenzitat zu haben.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Altinghiller; Gewerkschaftsbewegung: J. Reiner; Sozialismus: Dr. John Schmalz; Kultur und Sonstiges: Fritz Karst; Einzelne: Th. Glade; Familie in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Sowjetisch-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Seite 2. Bellona.